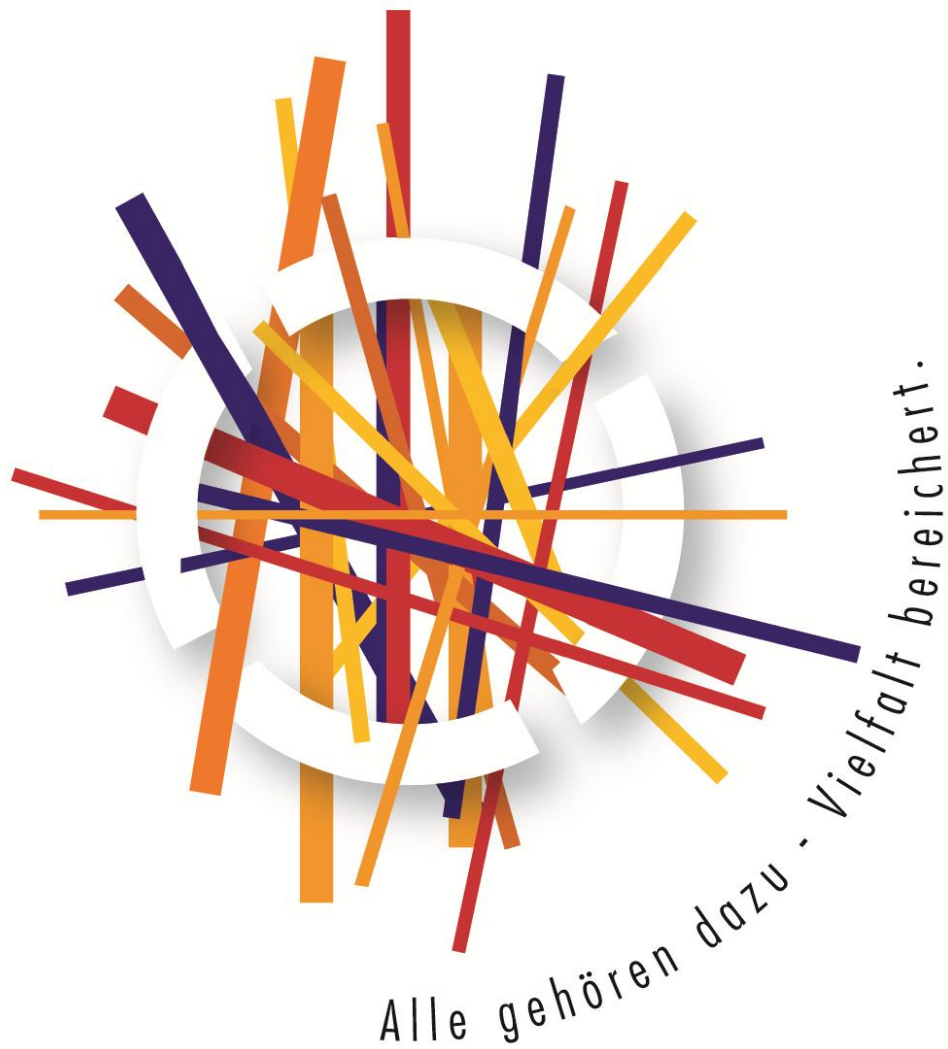


Dienststelle für Personen mit Behinderung

Jahresbericht 2012





INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	1
VORWORT.....	4
Die Aktion „Über Grenzen hinweg“ – Inklusionspreis 2012	7
1. NEUANTRÄGE UND MASSNAHMEN IM JAHR 2012	9
1. <i>Neuanträge</i>	9
2. <i>Maßnahmen</i>	10
2. ORGANISATION DER DPB.....	11
1. <i>Das Organigramm</i>	11
2. <i>Der Aufsichtsminister</i>	11
3. <i>Der Hohe Rat</i>	11
4. <i>Der Verwaltungsrat</i>	12
5. <i>Die Leiterkonferenz</i>	12
6. <i>Der Prüfungsausschuss</i>	13
7. <i>Die Verwaltung und das Multidisziplinäre Team</i>	13
8. <i>Das Forum und die Vollversammlung</i>	15
9. <i>Die Stiftung «Miteinander unterwegs»</i>	15
3. INFORMATION UND BERATUNG	16
4. DER START SERVICE	17
1. <i>Entwicklung der Anfragen an den Start-Service</i>	17
2. <i>Europäische Projekte</i>	19
3. <i>Eignungsabklärung</i>	19
4. <i>Spezialisierte Sozialökonomie</i>	19
5. <i>Beschützende Werkstätten</i>	19
6. <i>Tagesstätten</i>	21
5. DIENST AIDA.....	23
1. <i>Frühhilfe Ostbelgien</i>	23
2. <i>Come-Back</i>	24
3. <i>Wohnen, Familie, Freizeit</i>	24
1. <i>Familienbegleitung</i>	25
2. <i>Freizeitvermittlung</i>	26
3. <i>SENS</i>	26
4. <i>Begleitetes Außenwohnen – Wohngemeinschaften - Selbstständiges Wohnen</i>	27
5. <i>Begleitung von Wohnressourcen</i>	27
6. <i>Kurzaufenthalte</i>	27
7. <i>Wohnheime</i>	28
8. <i>Außerregionale Einrichtungen zur Unterbringung</i>	28
9. <i>Soziale Wohnungsbaugesellschaften</i>	28
10. <i>Kooperation SUSA</i>	29



11.	Ferienschecks	29
4.	<i>Materielle und soziale Hilfen</i>	29
1.	Überarbeitung Buch der Regelungen.....	29
2.	Hilfen für Personen unter 65 Jahren.....	30
3.	Beratung für Menschen mit einer Sehbehinderung	30
4.	Wagenanpassungen	30
5.	Anschaffung von Rollstühlen.....	30
6.	Anträge von Menschen über 65 Jahren	31
7.	Ausleihmaterial.....	31
6.	ALLGEMEINE DIENSTE	33
1.	<i>Mobilität und Zugänglichkeit</i>	33
1.	Beratung und Überprüfung der Zugänglichkeit.....	33
2.	Seminarangebote im Bereich Zugänglichkeit.....	33
3.	Rufbusse.....	33
2.	<i>Weiterbildungen</i>	34
3.	<i>Sensibilisierungsmaßnahmen</i>	35
1.	DG Inklusiv	35
2.	Infoblatt	35
3.	Spendenaktion CAP48.....	36
4.	<i>Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Dienstleistungsanbietern</i>	36
5.	<i>Übergreifende Zusammenarbeit</i>	37
1.	Die Interministerielle Konferenz (IMK)	37
2.	High Level Group Inclusion	37
3.	C5 – Koordination auf Landesebene.....	38
6.	<i>UN Konvention über die Rechte von Personen mit Behinderung</i> ..	39
7.	FINANZEN	40
	ABKÜRZUNGEN	41
	ANHANG.....	43



Bemerkungen:

Das auf dem Deckblatt abgebildete Logo steht für den Inklusionspreis 2012. Die erstmalige Vergabe des Inklusionspreises durch die DPB zählt inzwischen zu den Best Practice Beispielen des Europarates.

Die Tabellen sind aus Gründen der Lesbarkeit im Anhang enthalten.

Zur besseren Lesbarkeit des Jahresberichtes wird jeweils nur eine Geschlechtsform genutzt. Selbstverständlich sind gleichermaßen Frauen und Männer gemeint.



VORWORT

„Wenn wir ein Samenkorn in Wüstenboden pflanzen und es nicht wächst, fragen wir dann: „Was ist falsch mit dem Samen?“ Nein. Die wahre Kunst besteht darin, die Umgebung des Samens zu untersuchen und zu fragen: Was können wir ändern, sodass der Samen keimen kann?“ Diese Metapher, die unser Aufsichtsminister, Herr Harald Mollers, im Vorwort des Infoblatts 2012 genutzt hat, beschreibt auf sehr anschauliche Weise die Herausforderungen, der sich die Mitarbeiter der DPB täglich stellen.

Um die idealen Voraussetzungen für den Samen zu schaffen, setzt sich der Botaniker eingehend mit dem Boden auseinander. Der Mitarbeiter der DPB setzt sich seinerseits eingehend mit dem Umfeld der Person mit Behinderung auseinander. Das Ziel ist in beiden Fällen das gleiche: es sollen die besten Voraussetzungen für die Entfaltung geschaffen werden. Eine wichtige Grundlage ist für die DPB dabei die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Sie hat in unseren Aktionen des vergangenen Jahres eine wichtige Rolle gespielt und wird sicherlich Leitfaden sein für die kommenden Jahre.

Mit dem Inklusionspreis hat die DPB im Jahr 2012 europaweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Im Rahmen der Aktion „Über Grenzen hinweg“ wurden Menschen gewürdigt, weil sie Menschen mit Behinderung nicht nur respektieren sondern sie als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft ganz selbstverständlich in ihre Initiativen und Projekte einbeziehen. Diese Initiative der DPB wurde im Übrigen in die „Best Practice“-Beispiele des Europarates aufgenommen.

Damit Menschen mit Behinderung ganz selbstverständlich in Initiativen und Projekten für jedermann mitmachen können, ist weiterhin Sensibilisierungsarbeit erforderlich. In diesen Kontext reiht sich die Sensibilisierungsmaßnahme „DG Inklusiv“ ein, die die DPB in Zusammenarbeit mit betroffenen Personen und dem Begleitzentrum Griesdeck ausgearbeitet hat. Mit „DG Inklusiv“ geben Personen mit Behinderungen den Gemeinden und Behörden der DG, öffentlichen und privaten Einrichtungen, Vereinigungen wie auch Privatpersonen einen Einblick, wie sich Menschen mit einer Behinderung in der Gesellschaft zurechtfinden müssen, und auf welche Schwierigkeiten, Hürden und Hindernisse sie dabei stoßen. Gleichzeitig beinhaltet diese Initiative eine Sensibilisierung zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. In einem zweiten Schritt arbeitet die DPB inzwischen gemeinschaftsübergreifend den Aktionsplan „DG Inklusiv 2025“ aus, der die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung realisieren soll. Entsprechend der UN-Konvention sollen alle aktiven Kräfte der Gesellschaft an diesem Prozess mitwirken.

Eine elementare Voraussetzung für die Partizipation der behinderten Menschen ist es, dass die Kommunikation funktioniert. Dies erfordert gewisse



Anpassungen. Um dies zu fördern, wurde im Dezember ein Seminar zum Thema „Leichte Sprache“ organisiert, in dem die Grundlagen und die Bedeutung der „leichten Sprache“ vermittelt wurden. Leichte Sprache bedeutet, dass ein Text an die Lesekompetenz der jeweiligen Leser angepasst ist. Ein Text wird also so geschrieben, dass auch Menschen mit geringen Lesekompetenzen einen Zugang zu den Inhalten bekommen. Den Seminarteilnehmern wurden theoretische Hintergründe vermittelt und praktische Beispiele vorgestellt. Sie übten sich im Schreiben leichter Texte. Durch die Nutzung der leichten Sprache (sowohl in der schriftlichen, als auch in der verbalen Kommunikation) kann erreicht werden, dass Menschen mit wenig Lesekompetenz (z.B. Menschen mit geistiger Behinderung, aber auch Menschen, die unsere Sprache nicht gut beherrschen) einen leichteren Zugang zu unserer komplexen Informationsgesellschaft erhalten. Dies stellt einen wichtigen Beitrag für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dar.

Auch hat die DPB eine Informationsveranstaltung für hörgeschädigte Menschen organisiert. Bei dieser Veranstaltung wurde großen Wert auf den Austausch gelegt und selbstverständlich alle erforderlichen Hilfsmittel eingesetzt, um einen barrierefreien Meinungs austausch zu gewährleisten.

Wie auch schon in den letzten Jahren gehörte auch in diesem Jahr zu den Schwerpunkten der Arbeit der DPB, ihre Kontakte zu den verschiedenen Partnern zu vertiefen und auch auf diese Weise den Inklusionsgedanken zu fördern. So wurde am 3. Dezember, dem Welttag der Menschen mit Behinderung, das Kooperationsabkommen zwischen dem Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) und der DPB unterzeichnet. Bereits seit vielen Jahren bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen der DPB und der Sonderschule Eupen, später Institut der DG für Sonderunterricht (IDGS) genannt, um die dort ausgebildeten Jugendlichen auf dem Weg in eine Beschäftigung zu begleiten.

Nachdem durch das Dekret vom 11. Mai 2009 aus dieser Schule das Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) geworden ist, dem zudem noch die Förderschulen Elsenborn und St. Vith unterstehen, wurde die Notwendigkeit deutlich, diese seit langem erprobte Zusammenarbeit in einem Kooperationsabkommen festzuschreiben. Ziel ist es, eine bessere Vernetzung und nahtlose Übergänge zwischen den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen der beiden Kooperationspartner zu gewährleisten und zu ermöglichen, dass frühzeitig Kontakte zwischen den Mitarbeitern beider Einrichtungen zustande kommen, um den Kindern und Jugendlichen mit Behinderung sowie ihren Familien frühestmöglich aufeinander abgestimmte Dienstleistungen anbieten zu können. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bietet aufgrund der kurzen Wege optimale Bedingungen für ein solch konkretes Abkommen.

Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter spielt in der Sicherung von qualitativen Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung eine zentrale Rolle. Hierbei gilt es, den Entwicklungen zu folgen, den neuesten Erkennt-



nissen Rechnung zu tragen und den aktuellsten Stand der Informationen zu berücksichtigen. Die Investierung in die Aus- und Weiterbildung hat als Ziel die Erweiterung der Kompetenzen der Mitarbeiter durch die Modulare Zusatzausbildung MZA sowie durch fachspezifische Weiterbildungen zu Themen, die durch regelmäßige Befragungen dem Bedarf der Mitarbeiter entsprechen. So gab es auch 2012 eine Reihe von Aus- und Weiterbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DPB und der Dienste und Einrichtungen im Behindertenbereich der DG. Eine gezielte Fortbildung bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe der DPB.

Im Rahmen des Ende 2011 im Auftrag der Regierung in der DPB durchgeführten Audit hatte die beauftragte Auditfirma nach der Analyse der internen Organisation und der internen Abläufe der DPB sowie der Schnittstellen der DPB zu ihren Partnern Empfehlungen formuliert. 2012 hat die Regierung genauestens geprüft, welche Empfehlungen umgesetzt werden sollen und beschlossen, dass 33 Empfehlungen umgesetzt werden und 9 Empfehlungen im Rahmen einer oder mehrerer Arbeitsgruppen im Dialog mit der Regierung auf ihre Opportunität überprüft werden. Die Umsetzung der Empfehlungen des Audits bildet gemeinsam mit der strukturellen Übernahme der Finanzierung des Start-Service (d.h. ab den 1. Januar 2013 auch die Übernahme durch die Regierung des Betrags der wegfallenden Kofinanzierung des ESF) und der Ausarbeitung eines Aktionsplans auf Ebene der DG die wichtigsten Schwerpunkte im Geschäftsführungsvertrag 2013-2014 zwischen der Regierung und der DPB.

Die Zielsetzung für die kommenden Jahre steht fest: wir wollen den Zufriedenheitsgrad trotz einer finanziell angespannten Lage/Gesamtsituation aufrechterhalten und wenn möglich sogar noch verbessern. Gerade in Zeiten enger Finanzen kommt es darauf an, die richtige Gewichtung vorzunehmen. Genauso sind wir gefordert innovative Wege zu gehen durch Kooperationen und Synergien Mittel einzusparen, damit mit den verfügbaren Ressourcen bedarfsbezogene und effiziente Dienstleistungen gewährleistet werden können. Es liegt noch viel Arbeit vor uns, doch wenn wir alle in die gleiche Richtung ziehen, dann werden wir eines Tages mit einer Gesellschaft belohnt die es verstanden hat wie wichtig und bereichernd das gemeinsame Miteinander ist. Dann werden wir uns fühlen wie der Botaniker, dessen Samen aufkeimt und zu einer prächtigen Pflanze heranwächst in einem Umfeld in dem sie trotz schwieriger Verhältnisse, ihren Platz gefunden hat.

Helmut Heinen
Geschäftsführender Direktor

Marcel Strougmayr
Verwaltungsratspräsident



Die Aktion „Über Grenzen hinweg“ – Inklusionspreis 2012

Am 12. Mai 2012 fand im Triangel in Sankt Vith die Abschlussveranstaltung der Aktion „Über Grenzen hinweg“ statt, die Teil des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) der DG ist.

Aus 27 eingereichten Projekten nominierte die internationale Fachjury letztendlich 19 Projekte in 6 verschiedenen Kategorien (Arbeit, Wohnen, Freizeit & Tourismus, Bildung, Zugänglichkeit & Mobilität sowie Partizipation). Die Vergabe des Inklusionspreises in jeder Kategorie und der Publikumspreis waren die Höhepunkte des Abends. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch verschiedene Auftritte von meist hiesigen Künstlern.

Im Bereich Bildung ging der Inklusionspreis 2012 an die Städtische Grundschule Eupen-Unterstadt (SGU) für die gelungene Eingliederung einer Gruppe autistisch behinderter Kinder im Schulverband.

In der Kategorie Freizeit/Tourismus ging der Inklusionspreis an den Jugendtreff Eynatten, der u.a. das Projekt „Exchange“, eine Rockgruppe bestehend aus acht Musikern mit und ohne Behinderung begleitet.

Das Jünglingshaus in Eupen wurde vor mehreren Jahren umgebaut und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich gestaltet, so dass für diese beispielhafte Barrierefreiheit dem Kulturellen Komitee der Stadt Eupen der Inklusionspreis im Bereich Zugänglichkeit und Mobilität verliehen wurde.

Im Bereich Wohnen wurde das Hotel Oberhausen ausgezeichnet, das seit Jahren als Wohnressource tätig ist und Personen mit Behinderung Wohnung und Begleitung anbietet.

Für ihren Internationalen Jugendaustausch „What I never tried before“ wurde das Jugendheim Kettenis in der Kategorie Partizipation mit dem Inklusionspreis gewürdigt.

Arbeitgeber die sich in vorbildlicher Weise um die Inklusion am Arbeitsplatz von Menschen mit einer Behinderung bemühen, erhielten ebenfalls mit einem Inklusionspreis. So wurde im öffentlichen Bereich der Preis an die Stadt Eupen vergeben, die mehrere Personen mit Beeinträchtigung in verschiedenen Bereichen (Gärtnerei, Raumpflege, Wertstoffhof, Sekretariat und Friedhofsarbeiten) beschäftigt. Bei den privaten Arbeitgebern wurde der Preis der Montenauer Schinkenräucherei verliehen, für die es ganz selbstverständlich ist, auch Menschen mit einer Behinderung im Betrieb zu beschäftigen.



Abgeschlossen wurde der Abend mit der Bekanntgabe des Gewinners des Publikumspreises, der an die zahlreich erschienenen Vertreter der „Sonnenfahrt“ ging. Einmal im Jahr ermöglichen die Motorradclubs Snoopy's und AMC St. Vith mit der Hilfe zahlreicher Helfer Personen mit Behinderung, für einen Tag das „Bikerfeeling“ nachzuempfinden.

Mit 600 Personen, die den Weg ins Triangel gefunden haben, war der Abend aus Sicht der DPB ein voller Erfolg.

Mit dem Inklusionspreis wollte die DPB die Projektträger für ihren beispielhaften Einsatz ehren sowie positive gesellschaftliche Impulse setzen, damit auch in Zukunft weitere Initiativen zur Förderung des Miteinanders von Menschen mit und ohne Behinderung umgesetzt werden. Der Aufsichtsminister sagte in seiner kurzen Ansprache sehr treffend, dass alle Gewinner sind, „auch die Projektträger die nicht an der Aktion teilgenommen haben und sich dennoch tagtäglich um die Inklusion von Menschen mit Behinderung bemühen“. Die Aktion hatte auch zum Ziel, den Menschen zu verdeutlichen, dass die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung nicht nur ein Rechtstext ist, sondern ganz konkret allen behinderten Menschen die Möglichkeit geben will, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aktiv mitzumachen.

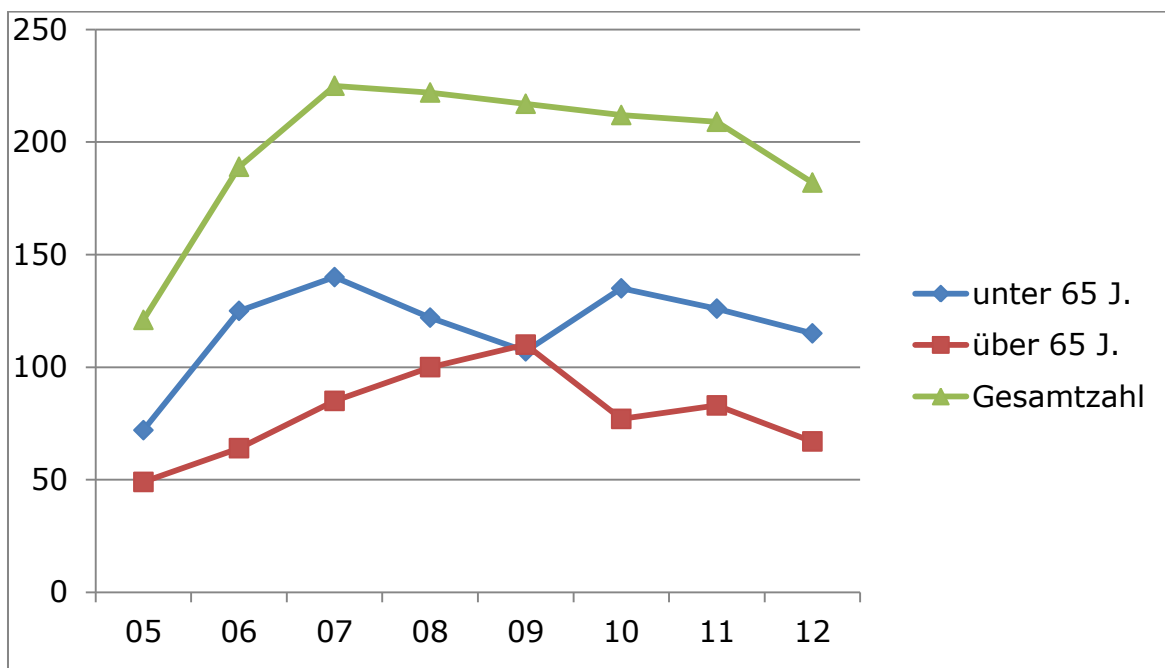
Auf der speziell für die Aktion errichteten Internetseite www.uebergrenzenhinweg.be sind alle Informationen zur Aktion und zu den Projektträgern zu finden.



1. NEUANTRÄGE UND MASSNAHMEN IM JAHR 2012

1. Neuanträge

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Rückgang der Neuanträge zu verzeichnen (-15%). Dieser Rückgang betrifft sowohl die Anträge von Menschen unter 65 Jahren (-10%) als auch die Anträge von Menschen über 65 Jahren (-24%). Es gibt keine eindeutige Erklärung zu diesen Schwankungen. Allerdings spielt die statistisch kleine Einheit der DG sicherlich eine Hauptrolle. Leichte Schwankungen haben aufgrund der relativen Kleiner eine große Auswirkung auf die Endzahlen. 30% der Neuanträge an die DPB wurden an den Start-Service gerichtet (berufliche Eingliederung). Ein Großteil der Anträge (70%) wurde an den Dienst AIDA (Anpassungen und individuelle Dienstleistungsangebote) gerichtet, besonders im Bereich der materiellen Hilfen. Hier stellten die Menschen über 65 Jahre mit 55 % der Anträge an AIDA den größten Anteil dar (dies betrifft Hilfsmittel, um den Verbleib im häuslichen Rahmen zu ermöglichen). 16 % der Anfragen an AIDA wurden im Bereich Wohnen-Familie-Freizeit gestellt. 29 % der Anträge an AIDA wurden durch Menschen unter 65 Jahren im Bereich der materiellen Hilfen eingereicht. Seit 2008 ist ein durchschnittlicher Rückgang der Neuanträge um 4 % zu verzeichnen.





2. Maßnahmen

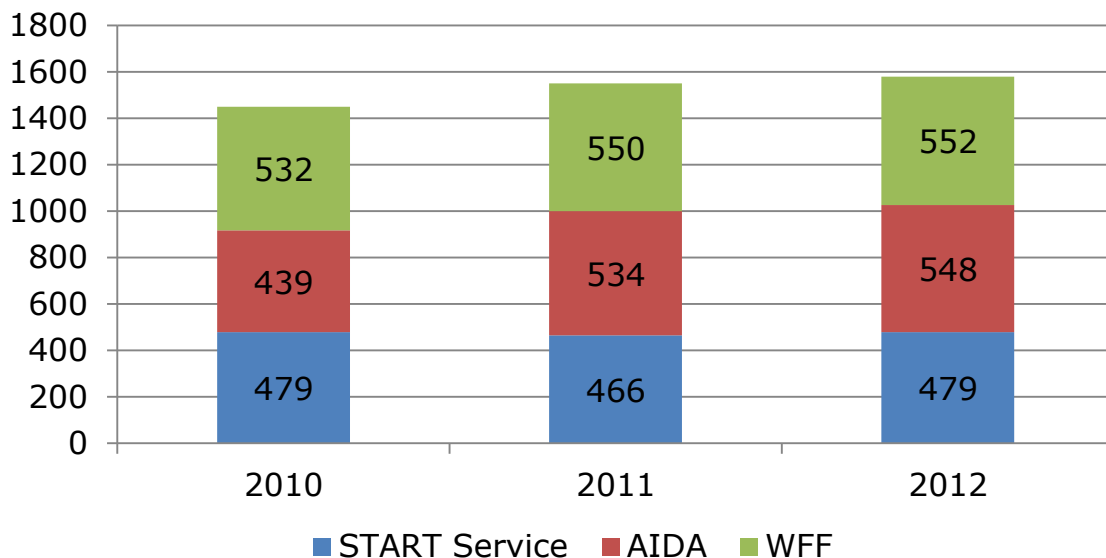
Bei den Maßnahmen handelt es sich um einzelne Dienstleistungsangebote, die von den bei der DPB eingetragenen Personen innerhalb eines Jahres aktiv in Anspruch genommen wurden. Es sei zu vermerken, dass Doppelnennungen von Personen innerhalb der Dienste und zwischen den Diensten nicht ausgeschlossen sind, diese jedoch insgesamt rund 10% nicht übersteigen.

Nachdem 2011 ein Anstieg um 10% der aktiven Maßnahmen verzeichnet wurde, konnte 2012 lediglich ein Anstieg von annähernd 1 % verzeichnet werden. Nicht berücksichtigt wurden all jene Personen, denen insbesondere im Bereich des Start-Service keine Maßnahmen angeboten werden konnten. So begleitete der Start-Service 2012 479 Maßnahmen, jedoch lagen Anfragen an den Start-Service von 634 Personen vor. Die Anfragen an den Start-Service sind im Vergleich zu 2011 leicht gesunken, allerdings konnten wegen eingeschränkter personeller und finanzieller Ressourcen nicht alle Anfragen berücksichtigt werden.

Die Zunahme an Maßnahmen im Bereich AIDA (+3%) ist hauptsächlich auf die Zunahme der Anfragen von Menschen über 65 Jahren zurückzuführen.

Der Anstieg der Maßnahmen im Bereich WFF betrug lediglich +1%.

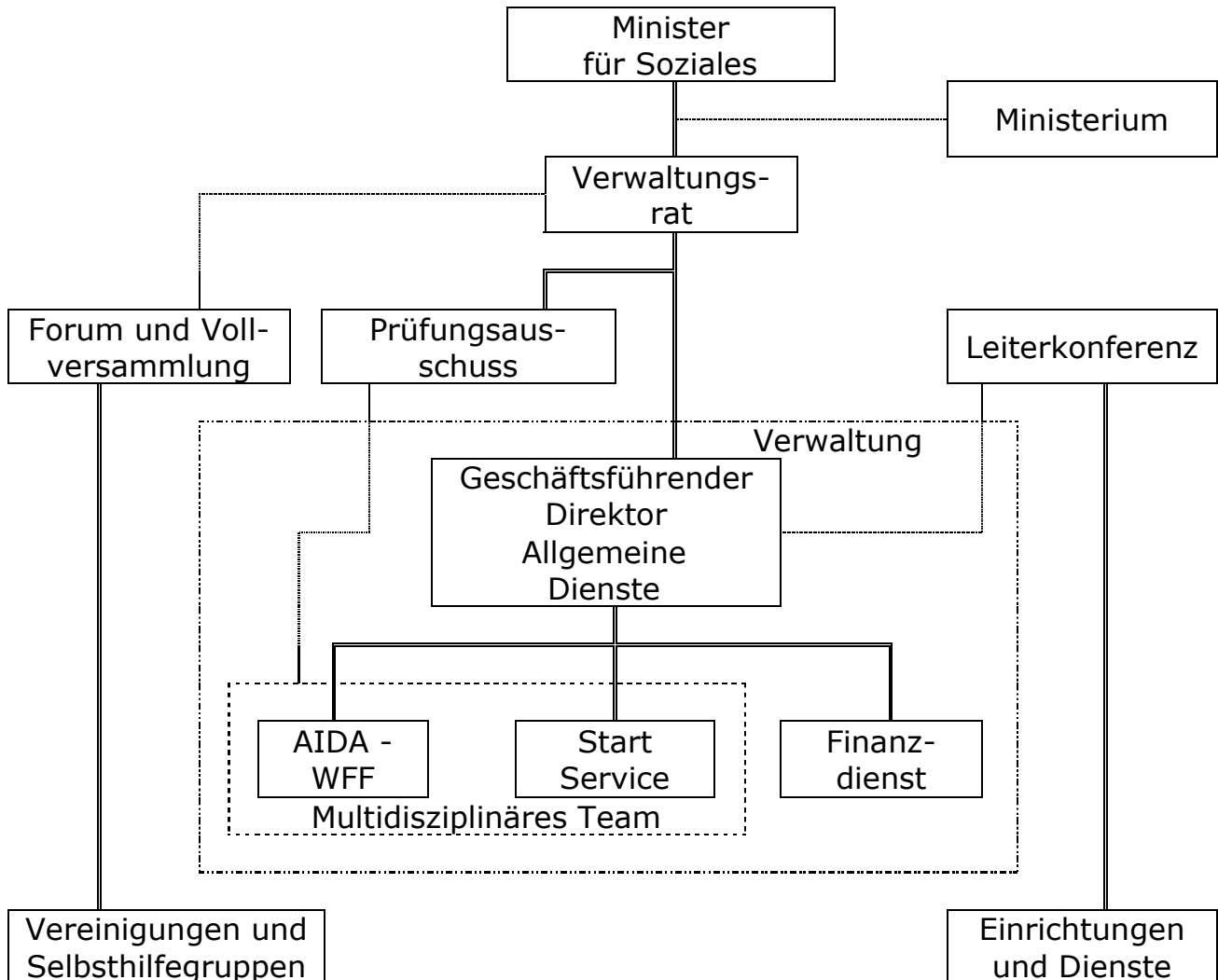
Anzahl Maßnahmen nach Diensten





2. ORGANISATION DER DPB

1. Das Organigramm



2. Der Aufsichtsminister

Die DPB ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung und untersteht seit Juni 2009 der Aufsicht von Herrn Harald Mollers, Minister für Familie, Gesundheit und Soziales.

3. Der Hohe Rat

Aufgrund von Artikel 9 §2 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung der DPB der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung übt der Verwaltungsrat als Fachgremium für Behindertenfragen die Befugnisse des Hohen Rates der DG für Personen mit Behinderung aus.



Dies beinhaltet Stellungnahmen und Empfehlungen inner- und außerhalb der Kompetenzen der DG.

4. Der Verwaltungsrat

Die DPB nimmt ihre Aufgaben unter der Trägerschaft eines Verwaltungsrates wahr, in dem betroffene Eltern, behinderte Menschen bzw. ihre Vertreter, Verantwortliche von Einrichtungen und Diensten, die Sozialpartner und Fachleute vertreten sind. Neben den 25 stimmberechtigten Mitgliedern tagen zudem zwei Regierungskommissare und ein Vertreter des Ministeriums der DG im Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat tagte 2012 insgesamt 11 mal.

5. Die Leiterkonferenz

In der Leiterkonferenz sind alle Leiter von Tagesstätten, Wohnheimen und Diensten vertreten. Im Jahr 2012 ist die Leiterkonferenz 6 Mal einberufen worden und befasste sich mit folgenden Themen:

- Wie gehen die anderen Einrichtungen mit Praktikanten in Punkto Eigenbeteiligung?
- Wie werden Kurzaufenthalte in Punkto Eigenbeteiligung gehandhabt?
- Aktueller Stand bezüglich eventueller Finanzierung der Ausbildung eines Hygiene- und Sicherheitsbeauftragten
- Qualitätsmanagement : Welche Entwicklung? Welcher Bedarf?
- Freizeitangebote und Kennenlernen für Menschen mit einer Behinderung
- Dürfen Betreuer Medikamente verabreichen?
- Verbindliche Personalnormen in den Einrichtungen
- Umsetzung der UN-Konvention
- Konzept der Begleitdienste Wohnen-Familie-Freizeit
- Ausschluss von Personen aus Tagesstätten – welche Prozedur, welche Konsequenz für wen, welche Alternativen zu einem Ausschluss?
- Aus- und Weiterbildung
- Freiheitseinschränkende Maßnahmen nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat
- Rückmeldung AG Deontologie
- Folgen des Sparhaushalts bzw. Personalmangels für Aufnahmeanfragen in den Einrichtungen
- Kooperation Behindertenbereich – Psychiatriebereich : Suche nach Perspektiven
- Wohn- und Beschäftigungsangebote für hoch funktionierende Autisten und junge Menschen mit herausforderndem Verhalten
- Übergang von Personen mit Behinderung mit psychischer Beeinträchtigung (Doppeldiagnose) in Psychiatrie
- Entwurf Pilotprojekt „Holz und Natur“ – Aufnahmekriterien und Prozedur



- Paramedizinische Leistungen
- Dokument zum Thema „krankenpflegerische Handlungen“ der nationalen Arbeitsgruppe „actes infirmiers“
- Erlass Stundenregelung ab 01.01.2013 und Quotenregelung aufgrund Sparmaßnahmen
- Umgang mit Anfragen auf Praktikum KPVDB (Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien)
- Ferienbudget
- Aufzüge

6. Der Prüfungsausschuss

Beim Prüfungsausschuss handelt es sich um ein Fachgremium, dessen Aufgaben sich aus dem Dekret vom 19.06.1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung ableiten. Seine Aufgabe ist es, in komplexen Fällen ein Gutachten über Anträge auf Einschreibung von Personen mit einer Behinderung und über individuelle Hilfs- und Betreuungsprogramme abzugeben. Ebenso begutachtet er, ob die therapeutischen Behandlungen, die therapeutisch-technischen Hilfen, die besonderen pädagogischen Hilfsmittel oder die operativen Eingriffe, die ein Kind oder Jugendlicher mit einer Behinderung erhält beziehungsweise denen es/er sich unterzieht, als notwendige Voraussetzung für die soziale Integration zu betrachten sind. Des Weiteren gehört zu seinen Aufgaben, Konzepte zur Umsetzung der Behindertenpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Grundlage der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung zu überprüfen und zu begutachten und Aufträge zur Überprüfung der Einrichtungen und Vereinigungen durchzuführen. Er tagte 2012 insgesamt 8 mal.

7. Die Verwaltung und das Multidisziplinäre Team

Die Mitarbeiter der DPB sind ausführendes Organ und decken unterschiedliche Aufgabenbereiche ab, die in vier Dienste aufgliedert sind. Die Aufgaben der verschiedenen Dienste sind den Kapiteln 3 bis 7 erläutert. Ende 2012 sah die Verteilung der Vollzeitäquivalenzen wie folgt aus:

Dienst	Gesamt VZÄ	In der Begleitung
Start-Service	5,4	4,8
AIDA-WFF	13,26*	9,7
Finanzen	3,62	-
Allgemeine Dienste	3,7**	-
TOTAL	25,98	14,5

* 2,21 VZÄ der 13,26 VZÄ bei AIDA-WFF gewährleisten Empfangstätigkeiten am gemeinsamen Empfang sowie Catering, Raumpflege und dienstübergreifende administrative Tätigkeiten in der DPB.



** Seit dem 1.1.2011 sind bei den Allgemeinen Diensten aus Sparzwängen 0,5 VZÄ für Öffentlichkeitsarbeit gestrichen worden.

Die Gesamtzahl der VZÄ umfasst auch folgende Dienstleistungen:

1. Im Start-Service: die Praktikumsbegleitung, die die Tagesstätte Hergenrath im Auftrag der DPB gewährleistet. Dies ist durch ein Abkommen geregelt.
2. Im Dienst AIDA-WFF:
 - die Beratung, Information und administrative Unterstützung bei Fragen zu Behindertenzulagen (Behindertenbeihilfen), Zuschlag zum Kindergeld für behinderte Kinder und Steuervergünstigungen und Sozialvorteilen für Personen mit Behinderung des FÖD Soziale Sicherheit, die die DPB im Auftrag des FÖD Soziale Sicherheit gewährleistet. Diese Dienstleistung ist durch ein Abkommen zwischen DPB und FÖD Soziale Sicherheit geregelt.
 - die Beratung zu materiellen Hilfen im Hinblick auf die Förderung der Selbständigkeit von Menschen mit Behinderung sowie im Bereich Wohnen-Familie-Freizeit die Dienstleistungen Wohnressourcen, Familienbegleitung, Selbständiges Wohnen, Trainingswohnung, SENS, Freizeitvermittlung und Wohntraining. Sie werden im Auftrag der DPB durch das Begleitzentrum Griesdeck erbracht, was durch Abkommen geregelt ist.
3. Bei den Allgemeinen Diensten: die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Behindertenbereich, was durch ein Abkommen geregelt ist.
4. Im Dienst Finanzen wird der DPB über eine Vereinbarung zwischen dem Föderalen Öffentlichen Dienst (FÖD) Finanzen und dem Ministerium der DG 1 VZÄ zur Verfügung gestellt. Die externe Dienstleistung umfasst zudem die Auszahlungen an die Wohnressourcen, die das Begleitzentrum Griesdeck im Auftrag der DPB erbringt. Dies ist ebenfalls durch ein Abkommen geregelt.

Seit dem 01.01.2013 verfügt der Begleitdienst Wohnen-Familie-Freizeit über eine eigene Verantwortungsstruktur. Zu diesem Zweck wurden zwei Teamleitungen eingesetzt (eine Leitung für den Kinder- und Jugendbereich inkl. der Koordination der Entlastungsangebote und der Kurzaufenthalte und eine Teamleitung für den Erwachsenenbereich). Nach wie vor arbeiten die Teamleitungen eng zusammen mit der Dienstleitung des Dienstes AIDA in der DPB.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen Haushaltsordnung werden seit dem 01.01.2013 alle Buchungen und Auszahlungen vom Ministerium der DG vorgenommen. Die Vorbereitungen dazu werden in der DPB gewährleistet.

Das „multidisziplinäre Team“ (MDT) besteht aus Mitgliedern des AIDA-Dienstes und des Start-Services sowie dem Aufsichtsarzt der DPB. Die Aufgaben des Teams bestehen darin, Stellungnahmen zu Anträgen von



Privatpersonen auf Dienstleistungen abzugeben. Das Team trifft sich einmal im Monat zu einer Sitzung und zieht bei Bedarf externe Experten zu Rate.

8. Das Forum und die Vollversammlung

Im Forum der Behindertenvereinigungen und -verbände in der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden verschiedene gemeinsame Belange und Fragen behandelt, über Projekte und Initiativen ausgetauscht und für anstehende Themen gemeinsame Antworten erarbeitet.

Das hiesige Forum steht in Kontakt mit dem Belgischen Forum für Personen mit Behinderung, kurz BDF (Belgian Disability Forum). Die DG hat einen Vorstandssitz in diesem Forum erhalten.

Das Forum bezeichnet außerdem den Vertreter der deutschsprachigen Vereinigungen und Verbände im Begleitausschuss des Zentrums für Chancengleichheit und Rassismusbekämpfung, dem gesamtbelgischen unabhängigen Kontrollmechanismus wie er in Artikel 33 §2 der UN Konvention vorgesehen ist.

Zudem trifft sich der Verwaltungsrat der DPB einmal pro Jahr mit dem Forum zur sogenannten Vollversammlung. Im Jahr 2012 wurde ein erstes Mal über den Aktionsplan DG Inklusiv 2025 sowie über die Funktionsweise des Forums ausgetauscht. Im Rahmen der Vollversammlung erhielt der Club aktiv e.V. Trier die Möglichkeit, sich und seine Tätigkeiten vorzustellen. Die DPB informierte die Mitglieder darüber hinaus auch über die Entwicklungen in der Behindertenpolitik in der DG, in Belgien und in Europa.

9. Die Stiftung «Miteinander unterwegs»

Die Stiftung hat zum Ziel, behinderten Menschen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft in akuten sozialen Situationen eine finanzielle Hilfe zu gewähren. Es handelt sich um eine zusätzliche Hilfe, wenn die Betroffenen die nach Bezuschussung verbleibende Eigenbeteiligung nicht bewältigen können. Die Zielsetzungen der Stiftung sind die Gewährung finanzieller Hilfe für:

- behinderte Menschen in akuten sozialen Situationen, sofern diese die verbleibende Eigenbeteiligung nicht zahlen können,
- behinderte Kinder bzw. ihre Angehörige, die dringend einen Kur- oder Erholungsurlaub benötigen,
- Ausbildungshilfen für Fachqualifizierungen im Behindertenbereich im In- und Ausland und die nicht in der DG angeboten werden.

Die Kontonummer der Stiftung lautet IBAN: BE11 0910 1178 7448. Für Spenden ab 40€ erhalten Sie eine Bescheinigung für Ihre Steuererklärung.



3. INFORMATION UND BERATUNG

Neben der telefonischen Informationsmöglichkeit bietet die DPB Sprechstunden auf Termin an. So können nähere Informationen vermittelt, administrative Unterstützung geboten oder ärztliche Untersuchungen durchgeführt werden. Diese Termine finden entweder bei Haus- und Betriebsbesuchen oder in den Räumlichkeiten der DPB in St.Vith und Eupen statt.

Raumreservierungen Plaza/Quartum und DLZ

	Eupen	St.Vith	Gesamt
FÖD (Medizinische Untersuchung)	1207	791	1998
FÖD (Beratungsgespräche)	2	135	137
AIDA, Wohnen-Familie-Freizeit	426	119	545
Start-Service**	127	96	223
	Norden	Süden	Gesamt
Hausbesuche (Dienst AIDA)	*	*	2412
Beratung in Betrieben (Start-Service)**	*	*	318
Assistenz in Betrieben (Start-Service)	*	*	1176

* Wurde nicht ermittelt

** Nur die 2 Berater für Ausbildung und Beschäftigung betreffend

Die Anzahl der medizinischen Untersuchungen des FÖD ist im Vergleich zu 2011 leicht gesunken, während die Anzahl der Beratungsgespräche in etwa gleich geblieben ist.



4. DER START SERVICE¹

Ausbildung und Beschäftigung

1. Entwicklung der Anfragen an den Start-Service

Die seit 2004 festgestellte und im Jahresbericht 2011 beschriebene Entwicklung setzte sich auch im Jahr 2012 fort². Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Dienststelle bzw. der Start-Service mögliche Aktionen eruiert, die jedoch erst 2013 umgesetzt werden können:

- Definition neuer Zugangskriterien für den Start-Service: die Zielgruppe der Personen, die die Dienstleistungen des Start-Service in Anspruch nehmen können, soll auf ein hochgradig eingeschränktes Zielpublikum beschränkt werden, welches aus verschiedenen Gründen unbedingt auf ein spezialisiertes Jobcoaching angewiesen ist;
- verbesserter Übergang von der Schule in den Beruf: In Zusammenarbeit mit der Tagesstätte Hergenrath wurde unter dem Namen „VIP“ (Vermittlung in Praktikum“) ein Projekt zur vertieften Praktikumsbegleitung bei CAP-48 eingereicht. Über dieses Projekt wird den Schülern der Sozialen Anpassungsabteilung des Zentrums für Förderpädagogik und ihnen gleichgestellten Schülern eine Begleitung im Rahmen ihrer Schulpraktika in Betrieben angeboten.

Der Verwaltungsrat der DPB hat die Regierung in einem Gutachten darüber informiert, dass eine quantitative und qualitative Erhebung zum Bedarf der schwer vermittelbaren arbeitsuchenden Personen in der DG für die Konzeption und Entwicklung zusätzlicher Angebote zur beruflichen (Wieder)eingliederung unerlässlich ist. Diese Bedarfserhebung wird 2013 durchgeführt.

Aufgrund verschiedener Ursachen wie z.B. den stetig steigenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt, den Sparzwänge ... steigt die Anzahl der Personen, die der Start-Service unterstützt, ohne dass sie in Maßnahmen des Start-Service sind, besonders deutlich an (2012 :73).

2012 nahmen die beiden Berater für Ausbildung und Beschäftigung (auch Jobcoacher genannt) des Start-Service erneut am Fachseminar der Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung (BAG-UB) teil und bildeten sich in der „Unterstützten Beschäftigung“ weiter. Die „Unterstützte Beschäftigung“ hat sich europaweit als eine erfolgreiche politische Strategie zur Förderung und Erhöhung der Arbeitsmarktteilhabe und sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderung erwiesen und wird auch im Re-

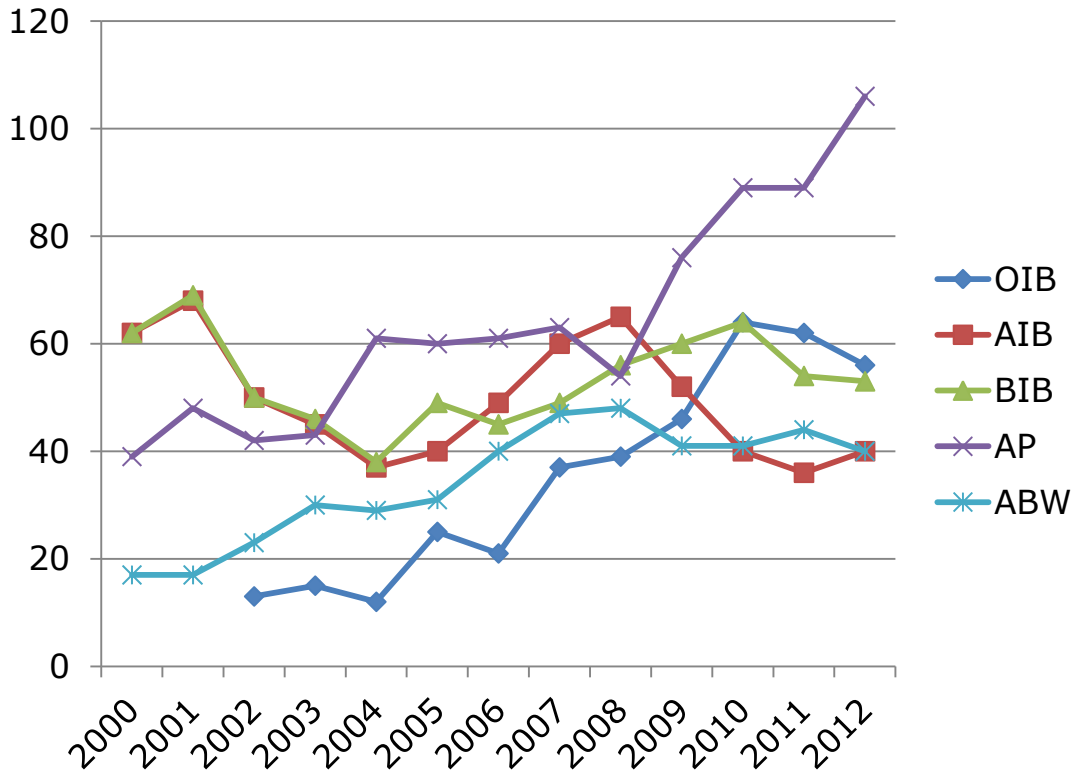
¹ Für nähere Informationen über die jeweiligen Dienstleistungen und Angebote verweisen wir auf unsere Website www.dpb.be/Angebote.

² Der Start-Service stellte eine Steigerung in der Entwicklung der Anzahl begleiteter Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse aber auch der Anzahl Anträge auf Unterstützung bei der beruflichen (Wieder-) Eingliederung fest. Diese Entwicklung hat den Start-Service finanziell und personell an seine Grenzen gebracht.

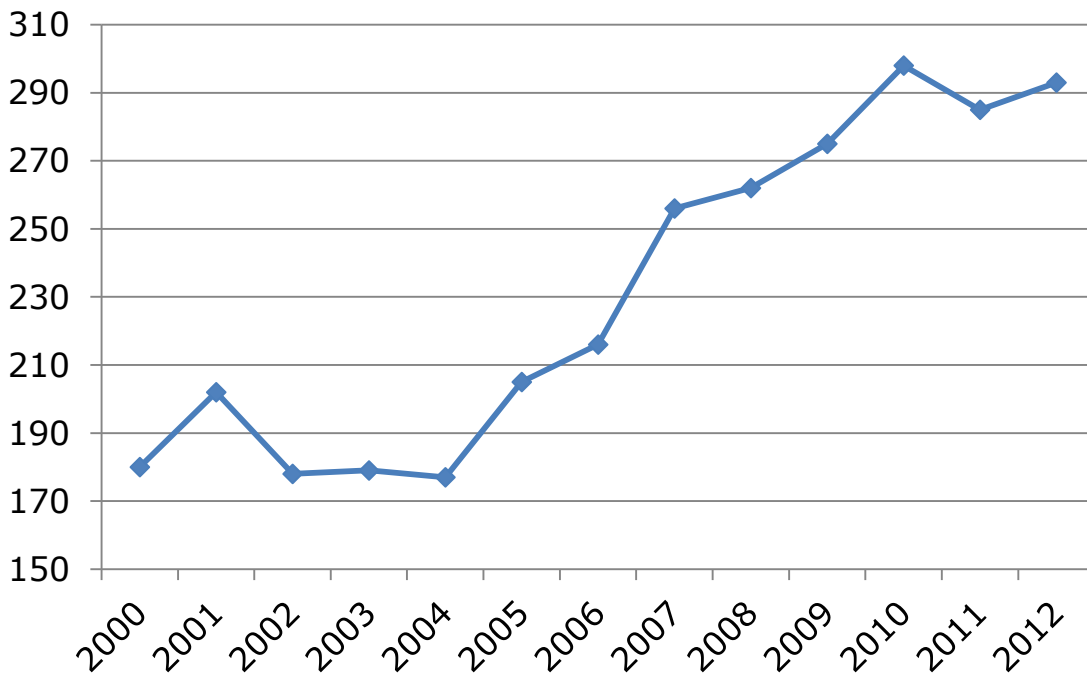


gionalen Entwicklungskonzept der DG als zu fördernde Arbeitsweise genannt.

Maßnahmen des Start-Service seit 2000



Maßnahmen des Start-Service seit 2000





2. Europäische Projekte

Im Jahr 2012 beendete der Start-Service seine beiden Europäischen Projekte:

- DIVA („Dauerhafte Integration durch Vermittlung im Ausland“) wurde im Juni in Worriken und im August in Potsdam offiziell abgeschlossen.
- START-SERVICE II: wurde am 31. Dezember 2012 offiziell abgeschlossen. Der letzte strategische Begleitausschuss fand im November 2012 statt. Ab 2013 wird der Start-Service integral über die Dotation der DG finanziert. Diese wird um den ESF-Kofinanzierungsanteil erhöht, sodass dem Start-Service 2013 die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen wie 2012.

3. Eignungsabklärung

Die Abklärung der Fähigkeiten, Interessen und Einschränkungen stellt den Grundstein einer passenden Unterstützung und Vermittlung dar. Die 2011 abgebaute spezialisierte Berufsberatung wurde nicht mehr aufgebaut.

4. Spezialisierte Sozialökonomie

Neben den privaten und öffentlichen Arbeitgebern des ersten Arbeitsmarktes finanziert die DPB für Personen mit Behinderung:

- die Ausbildungsabteilungen der 3 Beschützenden Werkstätten;
- eine Langzeitpraktikumsabteilung in der Beschützenden Werkstätte Eupen & Umgebung;
- sowie 2 Projekte in der spezialisierten Sozialökonomie:
 - Hof-Peters (Bereiche Küche, Bäckerei, Hof- und Rasenpflege)
 - Tierhof Alte Kirche (für Personen mit psychischer Behinderung in den Bereichen Tierpflege, Verarbeitung der Produkte des Tierhofes, Bedienung im Café und Geschäft, Animation).

5. Beschützende Werkstätten

Das Angebot der Beschützenden Werkstätten bleibt weiterhin bestehen und wurde in vorherigen Jahresberichten eingehend beschrieben.

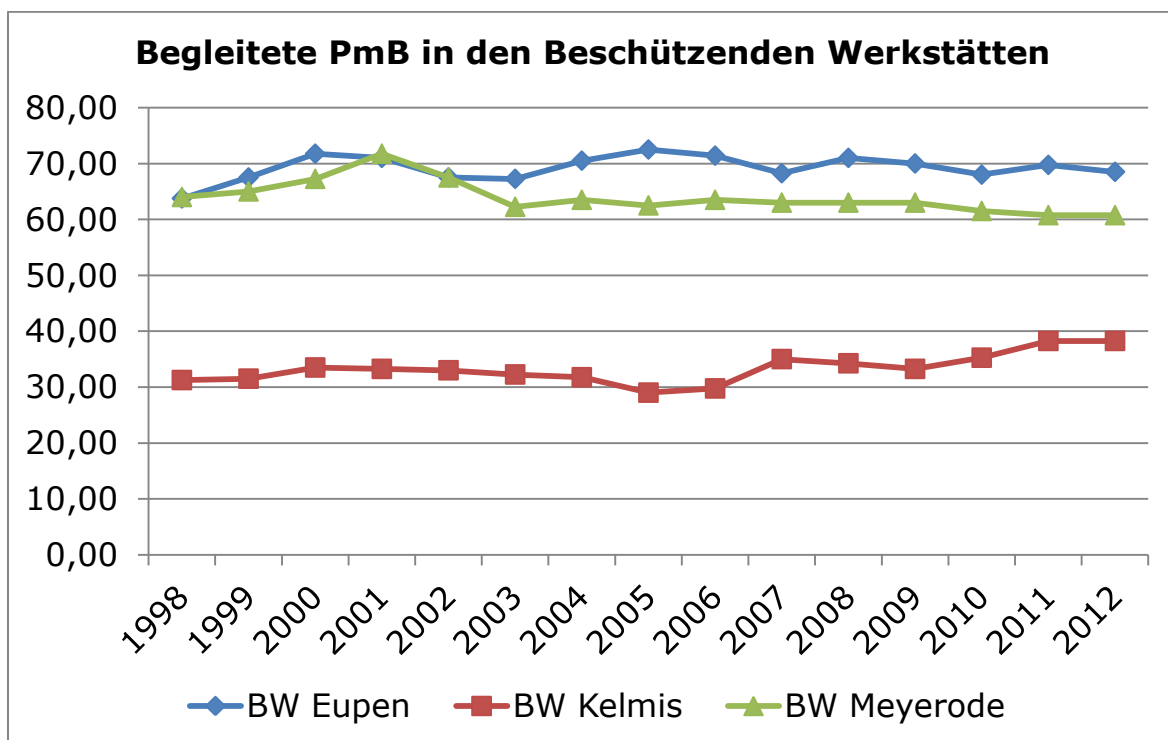
Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führen dazu, dass die Beschützenden Werkstätten zunehmend Arbeitsaufträge erhalten, die den Fähigkeiten eines schwächeren Zielpublikums immer weniger entsprechen. Kombiniert mit der Tatsache, dass der Start-Service immer schwächere Teilnehmer in die Ausbildungsabteilungen orientiert, hat diese Entwicklung zur Folge, dass immer weniger Auszubildende nach ihrer Ausbildung in einen Arbeitsvertrag übernommen werden können. Diese Personen können über ein Langzeitpraktikum langfristig in die Beschützenden Werkstätten be-



schäftigt werden. Hier muss jedoch festgestellt werden, dass diese Personen zusätzlich zu der Anleitung der Vorarbeiter in den Beschützenden Werkstätten eine individuelle Begleitung seitens der Ausbilderinnen der Ausbildungsabteilungen bzw. seitens der Begleiter der Langzeitpraktikumsabteilung (die aktuell nur in der BW Eupen besteht) benötigen. Die Personalschlüssel sind in den 3 Beschützenden Werkstätten ausgereizt, wodurch es in Zukunft Wartelisten für Ausbildungsabteilungen geben wird und die Abgänger der Ausbildungsabteilungen nicht mehr die Sicherheit haben, über einen Arbeitsvertrag oder ein Langzeitpraktikum in der Beschützenden Werkstätte übernommen zu werden.

Die angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation spiegelt sich im Jahr 2012 auch in der Beschäftigung wider. So stieg die Anzahl Stunden Kurzarbeit im Vergleich zum Vorjahr von 9.837,60 auf 13.857,95 Stunden.

Dank föderaler und anderer Beschäftigungsmaßnahmen wie Aktiva, Sine und Maribel 6 konnten wie im Vorjahr zusätzliche Arbeitsplätze finanziert werden, allerdings glichen sich die Abgänge mit den Neueinstellungen von Personen mit Behinderung in etwa aus. In der Graphik erkennt man einen leichten Rückgang, bzw. Gleichstand der Anzahl Beschäftigter für 2012.



Allerdings blieb die Anzahl der von der DPB bezuschussten Arbeitsplätze konstant, weil die im Sparhaushalt verfügbaren Mittel zur Bezuschussung der Beschützenden Werkstätten im Jahr 2012 reduziert worden sind.



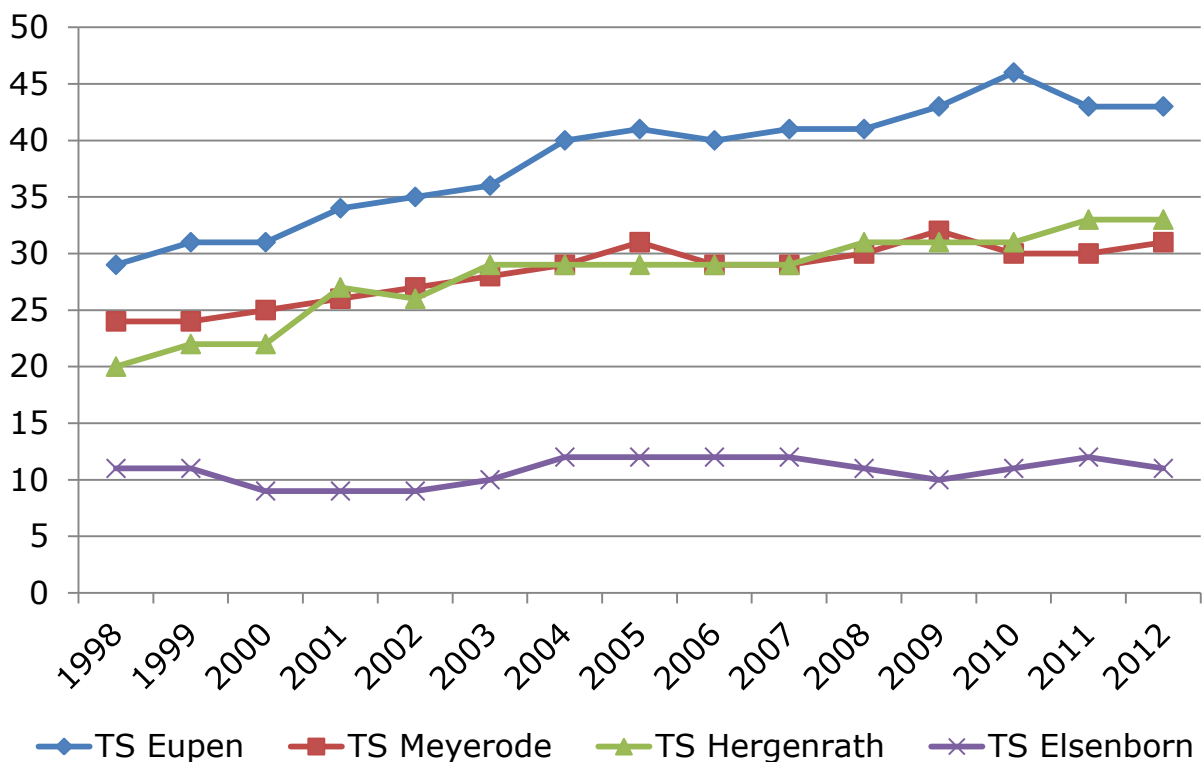
Grundlage der Bezuschussung sind die Leistungskategorien der Personen mit Behinderung. Die Leistungskategorie wird mit Hilfe eines Evaluationsinstrumentes ermittelt, und die Werkstätten erhalten für jede gearbeitete Stunde einen Pauschalzuschuss der entsprechend der jeweiligen Leistungskategorie zwischen 2,1561€ und 10,6230 € lag.

Die Begleitung der Arbeitnehmer mit Behinderung geschieht durch Vorarbeiter im Verhältnis 1:10. Im Jahr 2012 wurden die Zuschüsse des Kaderpersonals um 3% reduziert (laufende Sparmaßnahmen). Das bedeutete für die Beschützenden Werkstätten, dass diese fehlenden Mittel zusätzlich erwirtschaftet werden mussten.

6. Tagesstätten

Die Beschäftigungsanfragen für die Tagesstätten der DG sind seit mehreren Jahren äußerst stabil. 2012 wurde die gleiche Anzahl an Plätzen in Tagesstätten wie 2011 und 2010 belegt. Allerdings kann festgestellt werden, dass trotz gleichbleibender Gesamtzahl Verschiebungen zwischen den Tagesstätten stattfinden. In der Tagesstätte Elsenborn wurde ein Abgang verzeichnet und in der Tagesstätte Meyerode ein Zugang. Alle anderen Tagesstätten sind in ihrer Belegung stabil geblieben. Dies alles deutet darauf hin, dass Neuzugänge „natürliche“ Abgänge kompensieren.

Begleitete PmB in den Tagesstätten





Es bleibt zu hoffen, dass dieser Trend sich ebenfalls in den folgenden Jahren fortsetzt, denn die Herausforderung, die es in den kommenden Jahren zu bewältigen gilt, besteht weiterhin darin, potentielle Wartelisten in der Beschäftigung in den Tagesstätten zu vermeiden. Wartelisten in der Tagesbeschäftigung von geistig behinderten Menschen haben aus den Erfahrungen der Nachbarregionen und -länder eine unmittelbare Auswirkung auf die Wohnanfragen und werden in diesem Bereich zu einer Zunahme führen. Gelingt es nämlich nicht, insbesondere den (jungen) Erwachsenen mit geistiger Behinderung, die von ihren Eltern bzw. Familien zu Hause begleitet werden und kein organisiertes Wohnangebot in Anspruch nehmen, eine angemessene und für die Eltern bzw. Angehörigen entlastende Tagesbeschäftigung anzubieten, dann muss damit gerechnet werden, dass die Anfragen auf Unterbringung dieser behinderten Menschen steigen werden. Der sich daraus ergebende Kostenfaktor ist erheblich, da eine Tagesbeschäftigung nur halb so kostenintensiv ist, wie eine Unterbringung in einem Wohnheim.



5. DIENST AIDA

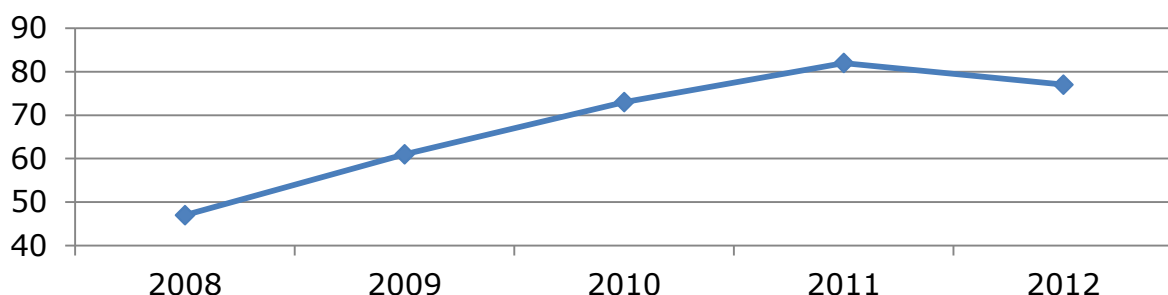
Dienstleistungen und Begleitangebote³ für Personen mit Behinderung und ihre Angehörigen

1. Frühhilfe Ostbelgien

Die Frühhilfe organisiert und gewährleistet spezifische Frühfördermaßnahmen für Kleinkinder (von 0 bis 6 Jahren) mit Entwicklungsverzögerung und deren Familien.

Im Jahr 2012 hat die Frühhilfe einen Rückgang um 3,5 % der Nutzung ihrer Angebote verzeichnet. Dieser Rückgang betraf insbesondere die Gruppe der 5-Jährigen und mehr. Diese stellt 37 % der Nutzer der Frühhilfe dar. Die Gruppe der 1-Jährigen stellt nun in etwa 29 % der Nutzer der Frühhilfe dar. Es ist aufgrund der Zahlen aus den Jahren 2009 und 2010 damit zu rechnen, dass die Abgänge die Zugänge im Jahr 2013 kompensieren werden. Das Ungleichgewicht, was sich 2011 abzeichnete, scheint sich 2012 nicht bewahrheitet zu haben. Die Sitzungszahlen der Frühhilfe zeigen, dass die Sitzungen mit den Kindern seit 2009 durchschnittlich um 5 % gesunken sind auch wenn in 2012 eine Zunahme zu verzeichnen war. Auch die Anzahl der Sitzungen, die entschuldigt ausgefallen sind, nahmen um 23 % zu (seit 2009 eine durchschnittliche Zunahme von Absagen um 8%). Sowohl die Anzahl der Sitzungen mit den Eltern, als auch die Anzahl der Koordinationssitzungen für die Kinder sind seit 2009 als stabil zu betrachten (die Koordinationssitzungen mit anderen Fachleuten wurden 2012 nicht mehr getrennt von den allgemeinen Koordinationssitzungen erfasst).

Frühhilfe - Anzahl Kinder



³ Für nähere Informationen über die jeweiligen Dienstleistungen und Begleitangebote verweisen wir auf unsere Website www.dpb.be/Angebote.

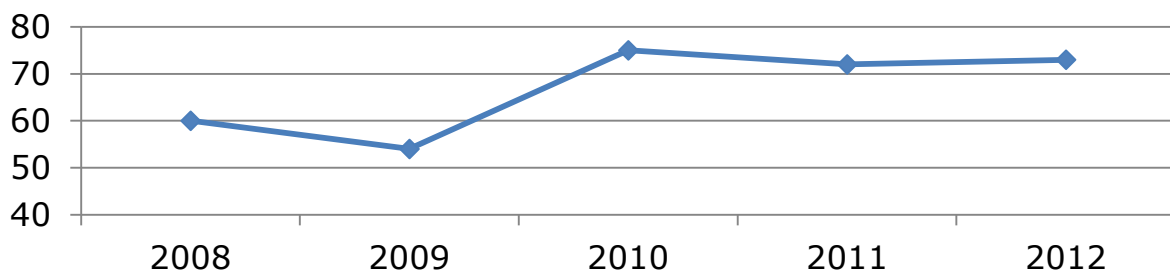


2. Come-Back

Das Projekt Come-Back zur Förderung neurologisch geschädigter Personen unterstützt betroffene Menschen nach der Rehabilitation bei der Wiederaufnahme von alltäglichen, sozialen, praktischen und/oder beruflichen Tätigkeiten und steht den Familien beratend zur Seite.

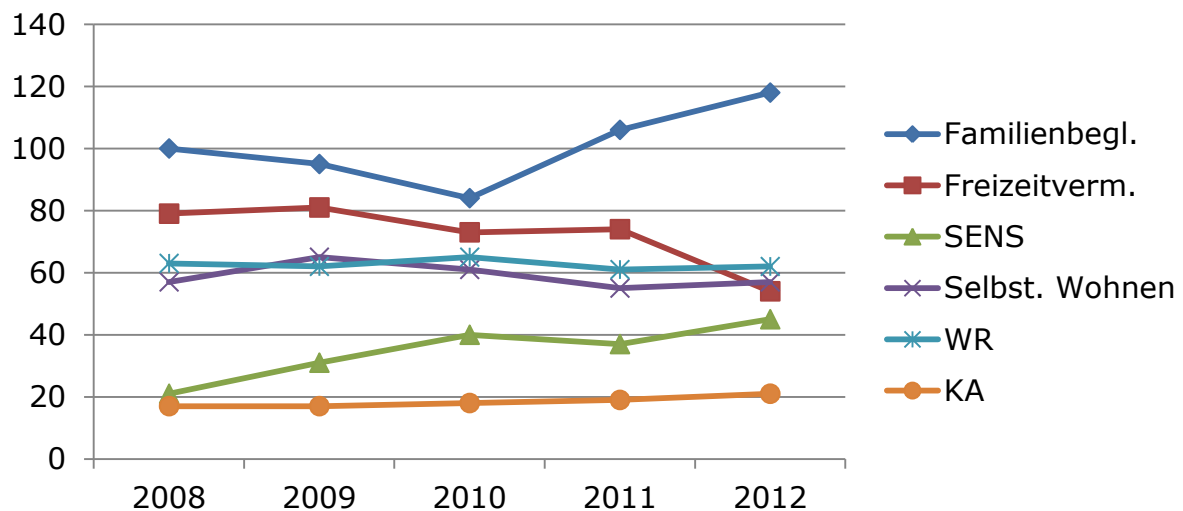
Im Jahr 2012 hat das Projekt Come-Back eine ganz leichte Zunahme der Anfragen verzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahr sind alle Zahlen sehr stabil, sodass von einer Festigung sowohl der Angebote vom Projekt Come-Back als auch vom begleiteten Zielpublikum gesprochen werden kann. Die Stabilisierung der Anzahl Anfragen von Menschen unter 21 Jahren (die in den Vorjahren erheblich angestiegen ist) kann sicherlich auf die 2011 neu gestaltete Kooperation mit den PMS-Zentren zurückgeführt werden. Come-Back hat sich in Absprache mit den PMS-Zentren darauf beschränkt, eine beratende Funktion für das Personal der PMS-Zentren wahrzunehmen. Die direkte Begleitung von Kindern und Jugendlichen erfolgte nur noch punktuell in äußerst komplexen Situationen bei schulpflichtigen Jugendlichen.

Come-back - Anzahl PmB



3. Wohnen, Familie, Freizeit

Maßnahmen WFF seit 2008





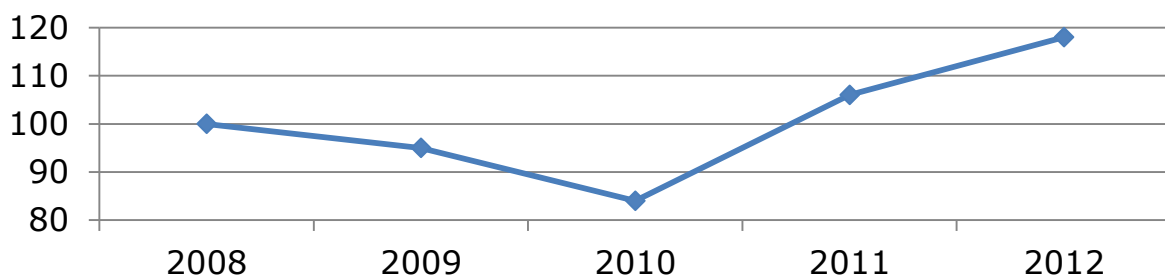
1. Familienbegleitung

Die Familienbegleitung übernimmt das „Case-Management“ nach Beendigung der Frühhilfe. Sie bietet in erster Linie sozio-pädagogische und lebenspraktische Beratung und Unterstützung an und hilft darüber hinaus bei der Suche und Weitergabe von Informationen, der Vermittlung von Adressen und Kontaktpersonen von Dienstleistungsanbietern und der Koordination von Auslandsbegleitungen für Familien mit einem behinderten Kind oder Jugendlichen.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist erneut eine Zunahme der Anfragen an die Familienbegleitung zu verzeichnen (+ 11% im Jahr 2012, + 26% im Jahr 2011). Einerseits ist diese Zunahme auf die engere Kooperation mit dem Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) zurückzuführen (insbesondere in Bezug auf die Orientierung der Schulabgänger – Suche nach angemessener Beschäftigung und Aufzeigen von Wohnperspektiven). Andererseits ist eine deutliche Zunahme der Anfragen bei Einwandererfamilien zu verzeichnen. Der Aspekt „Behinderung“ scheint in diesen Familien ausgeprägter und ihre Begleitung aufgrund der zusätzlichen kulturellen Problematik und der sprachlichen Barrieren aufwändiger. Ein positiver Trend, der sich auch 2012 fortgeführt hat und der auch zeigt, dass die Familienbegleitung in ihrer Arbeit, Familien zu befähigen, um ihr Leben mit ihrem behinderten Kind so normal wie möglich zu gestalten, konzeptuell auf dem richtigen Weg ist, ist die stark steigende Zahl der Begleitungen „auf Anfrage“ der Familien (+ 41% in 2011, +11% in 2012).

Die Zahlen der letzten Jahre zeigen ebenfalls, dass die Anfragen von Familien mit autistisch behinderten Kindern (+78% in 2011, + 19% in 2012) und mit geistig behinderten Kindern (+ 33% in 2011, + 18% in 2012) weiterhin zunimmt. Zur Gewährleistung der Dienstleistungen für autistisch behinderte Kinder ist die Investierung in die enge Kooperation mit dem „Service Universitaire Spécialisé pour personnes avec Autisme“ SUSA (die 2009 ins Leben gerufen wurde) weiterhin aufrecht zu erhalten. Nur so kann den Eltern eine fachlich kompetente Begleitung gewährt werden.

Anzahl begleitete Familien



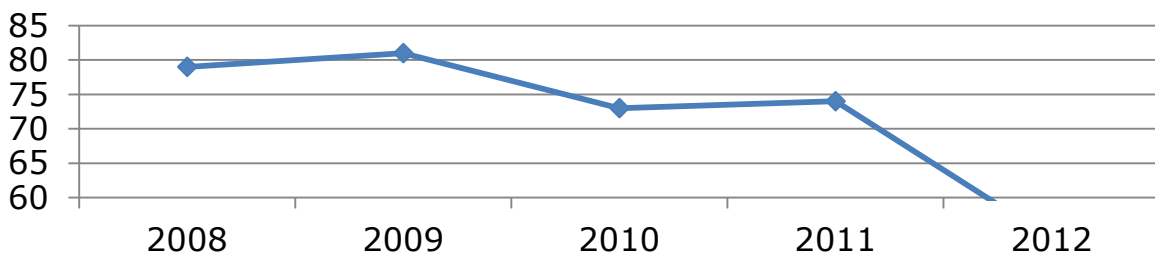


2. Freizeitvermittlung

Dieser Dienst gewährleistet die Vermittlung von Freizeit- und Ferienangeboten für Personen mit Behinderung und ihren Angehörigen.

Im Vergleich zum Vorjahr kann ein deutlicher Rückgang der Anfragen (-27%) verzeichnet werden. Der Rückgang betraf hauptsächlich die Menschen mit einer geistigen Behinderung und die Altersklasse der 21- bis 30-Jährigen. Es ist jedoch nicht möglich, präzise Gründe für diesen Rückgang zu benennen. Unter anderem kann der Rückgang auf die Zunahme der Aktivitäten und Angebote der Vereinigungen zurückgeführt werden. Nach wie vor gibt es keine Anfragen von Menschen mit Behinderung im Bereich der Freizeitgestaltung, die komplett unbeantwortet bleiben.

Freizeitvermittlung - Anzahl PmB

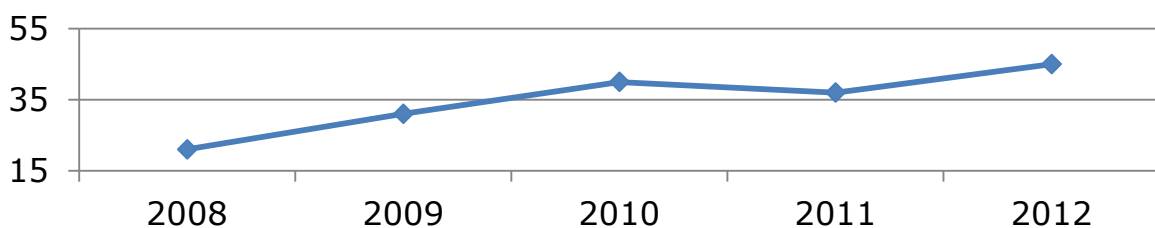


3. SENS

Der Begleitdienst SENS gewährleistet Personen mit Behinderung, ihren Angehörigen wie auch Mitarbeitern aus den Einrichtungen und Diensten Beratung und Information in den Bereichen Freundschaft, Affektivität, Liebe, Sexualität und Partnerschaft.

Im Bereich SENS konnte ein Anstieg der Anfragen festgestellt werden (+21%). Inhaltlich wurde die Arbeit in diesem Bereich neben den oben erwähnten Themen auch auf die Problematik der Sozialkompetenzen und Verhaltensauffälligkeiten ausgeweitet. Dies ist eine Erklärung für die Zunahme der Anfragen. So sind nun Schwierigkeiten in Zusammenhang mit den Sozialkompetenzen oder im Umgang mit Frust und Aggression oftmals die Auslöser für eine Begleitung durch den Dienst.

Sens - Anzahl PmB

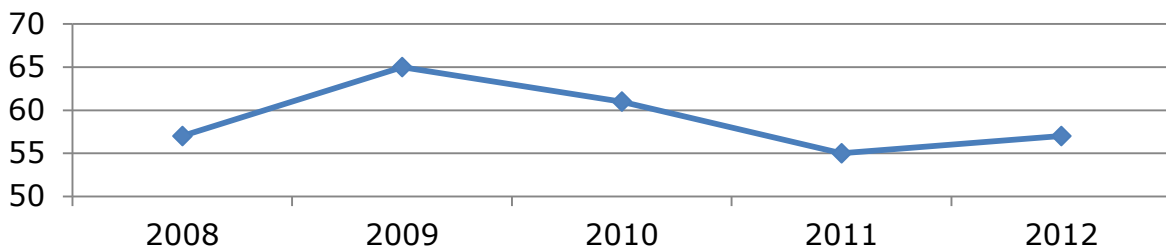




4. Begleitetes Außenwohnen – Wohngemeinschaften - Selbstständiges Wohnen

Begleitetes Außenwohnen – Wohngemeinschaft ist das Wohnen in einer Eigentums- oder Mietwohnung, alleine bzw. zu maximal 4 Personen. Der Begleitdienst bietet eine lebenspraktische Alltagsbegleitung an. Insgesamt wurden 57 Personen in einer selbstständigen Wohnform begleitet. Weiterhin zeigen die Zahlen, dass die Nutzung der Dienstleistung gleichbleibend ist und dem tatsächlich angemeldeten Bedarf Rechnung trägt.

Selbstständiges Wohnen - Anzahl PmB



5. Begleitung von Wohnressourcen

Eine Wohnressource ist eine Person, ein Paar oder eine Familie, die eine oder mehrere Menschen mit Behinderung bei sich zu Hause aufnimmt. Sie bietet ein familienähnliches Milieu und teilt mit ihnen das alltägliche Leben. Bereits im Vorjahr wurde festgestellt, dass der Bereich „Wohnressourcen“ seit mehreren Jahren eine Stabilität in der Anzahl der begleiteten Personen verzeichnet, was die Zahlen von diesem Jahre ebenfalls bestätigen. Dies ist dadurch zu erklären, dass nach einem ersten „Boom“ nun ein natürliches Drehmoment erreicht ist, in dem Neuzugänge durch Abgänge kompensiert werden. Dies gilt sowohl für die Unterbringungen als auch für die Kurzaufenthalte in Wohnressourcen.

Nach wie vor stellt der Bereich der Entlastung von Familien eine deutliche Herausforderung dar. Auch in Zukunft müssen Anstrengungen unternommen werden, um diese Dienstleistungen sicherzustellen. Anderenfalls entsteht aufgrund einer Überforderung der Angehörigen die Gefahr einer stärkeren Beanspruchung im Bereich der permanenten (24 Stunden auf 24) Unterbringung in Wohnressourcen oder in Wohnheimen.

6. Kurzaufenthalte

Im Rahmen des Dienstes für Kurzaufenthalte können Personen mit einem hohen Begleitbedarf für einige Stunden oder mit Übernachtung aufgenommen werden. Dies dient vor allem als Entlastung der Eltern und Angehörigen. Der Aufenthalt kann im Begleitzentrum Griesdeck (mit einem Nebenstandort in Eupen), in einem Wohnheim oder in einer Wohnressource stattfinden.



Das Publikum, welches die Kurzaufenthalte im Begleitzentrum Elsenborn in Anspruch nimmt, ist nach wie vor zu mehr als 60 % unter 21 Jahren und zu mehr als 80 % unter 30 Jahren alt. Dieser Trend ist seit 2008 sichtbar und auf eine gezielte Orientierung von Erwachsenen in Wohnressourcen oder in den Kurzaufenthalt der beiden Wohnheime zurückzuführen.

7. Wohnheime

Das Wohnheim Königin-Fabiola-Haus in Eupen (Norden) und das Wohnheim Lommersweiler (Süden) begleiten Personen mit Behinderung in kleinen Wohneinheiten von 7 bis 10 Personen. Die Situation ist 2012 in den beiden Wohnheimen in etwa gleichgeblieben. Lediglich im Wohnheim Eupen wurden zusätzlich 2 Personen im Rahmen der Kurzaufenthalte aufgenommen. Wie in den Tagesstätten zeichnet sich auch in den Wohnheimen eine Situation ab, in der Neuzugänge die Abgänge kompensieren.

8. Außerregionale Einrichtungen zur Unterbringung

In außerregionalen Einrichtungen werden entweder junge Menschen (Jugendliche / junge Erwachsene) begleitet, die aufgrund schulisch bedingter Probleme zeitweise außerhalb der DG unterbracht werden müssen, oder um Erwachsene, die aufgrund der Sprache bereits seit über 20 Jahren in Wohneinrichtungen außerhalb der DG begleitet bzw. neu dorthin orientiert werden. 2012 wurden 2 Personen zusätzlich in Einrichtungen der Wallonie untergebracht, da sie ausschließlich französischsprachig sind. Dieser Trend kann u.a. zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass sich die Vergabekriterien für Sozialwohnungen der sozialen Wohnbaugesellschaften über die ganze Wallonie erstrecken und somit manche Französischsprachige „gezwungen“ sind, Wohnungen in der DG anzunehmen. Bei letzteren Unterbringungen ist kein Rückgang zu erwarten (es sei denn die Vergabekriterien der Wohnbaugesellschaften würden geändert). Bei den Erwachsenen ist in den nächsten Jahren eine Abnahme aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein alterndes Publikum handelt, vorzusehen.

9. Soziale Wohnungsbaugesellschaften

Die DPB hat seit ihrem Bestehen stets eine Kooperation mit den sozialen Wohnungsbaugesellschaften (SWBg) mit dem Ziel angestrebt, die Schaffung von (räumlich) zugänglichem und bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit Behinderung zu fördern. Über die Jahre hinweg hat der Sektor für die gesamte DG insgesamt 32 Wohnungen neu errichtet, die als rollstuhlgerechte Wohnungen betrachtet werden können. Zusätzlich wurden 8 barrierefreie (stufenlose) Wohnungen errichtet und befinden sich 3 weitere in der Bauphase. Letztere werden vorwiegend für weniger mobile Senioren bereitgestellt.

Zudem konnten in den letzten Jahren im Rahmen der individuellen Anpassungsprojekte (die durchgeführt wurden, weil Mieter von Wohnungen



eine Behinderung aufweisen, die zum Zeitpunkt des Einzuges noch nicht vorhanden war) insgesamt rund 4 zusätzliche Wohnungen als rollstuhlge- rechte Wohnungen und weitere 10 als barrierefreie Mietobjekte umgestal- tet werden.

10. Kooperation SUSA

Die Kooperation mit dem „Service Universitaire Spécialisé pour personnes avec Autisme“ der Universität Mons (SUSA) ermöglicht es, eine speziali- sierte Beratung und Begleitung für Betroffene und ihr Umfeld in deutscher Sprache anbieten zu können.

Im Jahr 2012 haben insgesamt 18 Familien oder erwachsene Personen aus der DG die Dienste des SUSA in Anspruch genommen. Diese Beglei- tung geschieht in enger Kooperation mit der Familienbegleitung der DPB. Zudem konnten Einrichtungen und Dienste ebenfalls von dieser Fachkraft unterstützt werden, um ihre Dienstleistungen für autistisch behinderte Personen zu verbessern.

11. Ferienschecks

Die persönlichen Ferienschecks ermöglichen es geistig und / oder stark körperbehinderten Menschen, mehr Selbstbestimmung bei der Suche und Organisation von Freizeit- und Ferienangeboten zu haben. Die Anträge haben 2012 um 36 % zugenommen. Die größte Zunahme betraf die An- fragen auf Tagesfahrten, was erklärt, warum die Ausgaben ebenfalls ledig- lich um 36 % gestiegen sind (eine Fahrt mit Übernachtung gibt Anrecht auf einen Feriengutschein, der 4 Mal so hoch ist, wie der Gutschein für ei- ne Tagesfahrt). Ein weiterer Anstieg ist nicht zu erwarten, denn das Ziel- publikum ist bekannt und deutlich begrenzt.

4. Materielle und soziale Hilfen

Die DPB bietet Betroffenen in diesem Bereich:

- Beratung und Information über bestehende Hilfsmittel und Anpas- sungsmöglichkeiten;
- über das „Buch der Regelungen“ Bezuschussungsmöglichkeiten die- ser Hilfsmittel und Anpassungen;
- die Möglichkeit des Ausleihens von Hilfsmitteln.

Die Ergotherapeutin der DPB hat im Jahr 2012 333 Hausbesuche zu Bera- tungszwecken vorgenommen.

1. Überarbeitung Buch der Regelungen

Im Jahr 2012 wurde das „Buch der Regelungen“ einmal durch den Verwal- tungsrat aktualisiert. Hierbei handelte es sich um eine Anpassung der Be- teiligungsbeträge sowie um die Einführung von neuen Hilfsmitteln im „Buch der Regelungen“.



2. Hilfen für Personen unter 65 Jahren

Es ist ein starker Anstieg im Bereich der materiellen Hilfe zu verzeichnen. Dieser ist auf eine Zunahme der Bezuschussungsanfragen im Bereich der Wohnungsanpassungen und der zusätzlichen Anpassungen im Haus sowie der Rollstühle zurückzuführen.

Was den Bereich der sozialen Hilfe anbelangt, so wurde bereits im vergangenen Jahr die Struktur der Statistik angepasst, um die Dolmetschereinsätze von den Begleitungen im Alltag (z.B. durch den Dienst L'Épée) zu trennen. Für das Jahr 2012 können 46 Dolmetschereinsätze verzeichnet werden. Hierbei handelt es sich um einzelne Einsätze für mehrere Personen mit Hörschädigung.

Bei den Begleitungen durch den Dienst L'Épée, einem französischsprachigen Dienst für Menschen mit einer Hörschädigung, der im Auftrag der DPB Begleitungen von Menschen der DG in ihrer Sprache anbietet, ist die Anzahl der begleiteten Personen mit 8 Personen in etwa identisch zum Vorjahr. Die Begleitmaßnahme für Studenten an Hochschulen und Universitäten wurde 2012 durch 2 Studenten mit Behinderung genutzt. Diese Begleitung beinhaltet die Hilfen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verarbeitung der Unterrichtsmaterie in Verbindung stehen.

3. Beratung für Menschen mit einer Sehbehinderung

Die Braille-Liga, der langjährige Kooperationspartner der DPB bei Hilfen für sehbehinderte Menschen, zählt keinen deutschsprachigen Mitarbeiter mehr in seinen Reihen, sodass die DPB diese Beratungen größtenteils in Eigenregie durchführt bzw. bei besonders spezifischen Bedürfnissen (rund 5 Personen im Jahr 2012) auf die Dienstleistungen anderer spezialisierter Dienstleistungsanbieter zurückgreift (Sehbehindertenzentren in Deutschland, ‚La Lumière‘ in Lüttich).

4. Wagenanpassungen

Die DPB greift im Rahmen der Beratung und Bezuschussung bei Wagenanpassungen systematisch auf das Expertisezentrum zur Anpassung an den Straßenverkehr (Centre d'Adaptation à la Route pour Automobilistes Handicapés - CARA, eine Abteilung des Belgischen Instituts für Verkehrssicherheit, IBSR) zurück. 2012 war dies für 16 Personen mit Behinderung der Fall, 2011 für 14 Personen. Das Gutachten gibt den betroffenen Personen Auskunft darüber, ob und mit welchen technischen Anpassungen sie in der Lage sind, einen Wagen zu fahren.

5. Anschaffung von Rollstühlen

Die DPB verfügt in Kooperation mit dem „Kinderrevalidatiecentrum Valkenburg“ über ein eigenes pluridisziplinäres Team, welches Gutachten bei der Anschaffung von Rollstühlen erstellt. Diese Gutachten sind für die



Krankenkassen bindend. Im Jahre 2012 wurden 19 Expertisen durchgeführt (6 Kinder, 13 Erwachsene).

6. Anträge von Menschen über 65 Jahren

Menschen ab dem 65. Lebensjahr können eine Unterstützung in den Bereichen Badezimmeranpassung und Ausleihe von Treppenliftsysteme und anderen spezifischen ausleihbaren Hilfsmitteln (z.B. Badelifte, TV-Lupen, Lichtmeldesystem, ...) erhalten.

Im Jahr 2012 wurden 67 neue Anträge auf materielle Hilfen inklusive Wohnungsanpassungen und Liftsysteme sowie auf Ausleihmaterial von Menschen über 65 Jahren an die DPB gerichtet.

Im Bereich der Wohnungsanpassungen wurden 43 Anträge (davon 23 Neuanträge) gestellt, davon wurden 13 Anträge genehmigt und 19 abgelehnt; zwei weitere Anträge wurden zwar genehmigt, aus Mangel an finanziellen Mitteln aber auf das Jahr 2013 verschoben. Bei den bewilligten Anträgen handelte es sich um 9 Wohnungsanpassungen im Bad und 4 Treppenliftsysteme. Von den Ablehnungen erfolgten 5 aufgrund der Nichterfüllung der medizinischen Kriterien. 8 Anfragen wurden aufgrund der allgemeinen Raumgestaltung der Wohnung abgelehnt (ein Verlegen von Räumlichkeiten auf Parterre ist möglich; die Wohnung kann trotz Installation eines Liftsystems nicht als zugänglich betrachtet werden). Bei 6 dieser Ablehnungen handelte es sich um Anfragen auf einen Treppensitzlift. Es wurden 6 Anträge für nicht bezuschussbare Hilfsmittel eingereicht (Handläufe, Wagenanpassung, ...), die entsprechend abgelehnt wurden.

Durch die Vermietung von Ausleihmaterial wurden Einnahmen von durchschnittlich 838,77 € pro Monat verzeichnet. Für das Jahr 2012 wurden 9.390,10 € eingenommen.

7. Ausleihmaterial

In Kooperation mit dem Roten Kreuz (Lokal Sektion Amel) kann die DPB spezifisches Ausleihmaterial entweder zu Testzwecken zur Verfügung stellen oder weil die Lieferfrist für Neumaterial überbrückt werden muss.

Im Jahr 2012 hat das Rote Kreuz 40 Materiallieferungen im Auftrag der DPB vorgenommen.

In diesem Jahr wurde die Struktur der Statistik, die eine Übersicht über das ausgeliehene Material liefert, angepasst.

Die neue statistische Erfassung ermöglicht es, sehr einfach nachzuvollziehen, wie viele Hilfsmittel 2012 von den insgesamt rund 330 zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln in Ausleihe waren.

So wurden Personen mit Behinderung 2012 insgesamt 309 Hilfsmittel zur Verfügung gestellt. Am 31.12.2012 befanden sich insgesamt 205 Hilfsmittel bei Personen mit Behinderung.

Die kleinen Hilfsmittel, wie z.B. angepasstes Essbesteck, verschiedene Sauggriffe, pädagogische Spiele, kleine Handlupen für sehbehinderte Menschen, ... stellen einen Großteil der Hilfsmittel dar, die nur für ganz kurze



Zeit ausgeliehen werden (meist zu Testzwecken). Diese Hilfsmittel machen eine Stückzahl von rund 120 Hilfsmitteln aus. Die übrigen Hilfsmittel werden meist nur für sehr kurze Zeit zwischengelagert, bis sie einen Einsatzort finden. So ist zu erklären, dass das Materiallager der DPB sehr klein ist und durchschnittlich nicht mehr als 30 größere Hilfsmittel (elektrooptische Lupen, Badelifte, Rollstühle, Liftsysteme, ...) zwischengelagert werden.

2012 wurden 14 Hilfsmittel neu in das Ausleihsystem aufgenommen. 4 Hilfsmittel wurden ursprünglich von der DPB bezuschusst und, nachdem der Begünstigte das Hilfsmittel nicht mehr benutzte, durch die DPB zurückgefordert. 4 Treppenliftsysteme sind für Menschen über 65 Jahren angeschafft worden und 6 weitere Hilfsmittel sind als Ersatz von ausgemusterten oder defekten Hilfsmitteln neu angeschafft worden.



6. ALLGEMEINE DIENSTE

Zugänglichkeit, Sensibilisierung und übergreifende Zusammenarbeit

1. Mobilität und Zugänglichkeit

1. Beratung und Überprüfung der Zugänglichkeit

Die DPB bietet Information sowie konkrete professionelle Beratung und Überprüfung zu behindertengerechtem Planen, Bauen und Umbauen an. Im Jahre 2011 hat die von der DPB beauftragte Architektin und Referentin für Zugänglichkeit insgesamt 28 Anfragen bearbeitet, darunter befanden sich 14 neue Projekte und ebenfalls 14 Projekte, für die bereits aus anderen Jahren Anfragen vorlagen.

2. Seminarangebote im Bereich Zugänglichkeit

Die DPB bietet den betreffenden Berufsgruppen (Architekten, Bauherren, Handwerker, usw.) wie auch den Behörden (der DG und anderen Behörden wie z.B. Gemeinden) regelmäßig Seminarangebote zum Thema Zugänglichkeit an. Ziel dieser Seminare soll auch sein, dass die Seminarteilnehmer als Multiplikatoren fungieren.

3. Rufbusse

Seit März 2004 gibt es in der DG „Rufbusse“, ein Mobilitätsprojekt, das sich ausschließlich an Personen mit eingeschränkter Mobilität richtet. Die Projektträger (die Beschützende Werkstätte Meyerode und die Tagesstätte Eupen) verfügen jeweils über einen angepassten Bus, der durch einen Zuschuss der DPB angeschafft wurde. Das MAT und die TEC unterstützen das Mobilitätsprojekt in Form einer Kilometerpauschale bis zu einem maximalen Kontingent von 79.200 km für den Süden und von 39.600 km für den Norden.

Pro Kilometer erhielten die Projektträger 2012 0,9853 € von Januar bis August und 1,0201 € ab September. Die Fahrgäste zahlen den üblichen TEC-Zonen-Tarif, das Dispatching übernehmen die Träger. Insgesamt blieben die zurückgelegten Kilometer mit 116.261 km im Vergleich zum Vorjahr (siehe Anhang) quasi gleich. Pro Transport wurden im Norden durchschnittlich 5,63 km und im Süden durchschnittlich 7,92 km gefahren. Die Eigenbeteiligung pro Transport lag im Norden im Durchschnitt bei 1,68 € und im Süden im Durchschnitt bei 0,52 €. Die Anzahl Transporte ist bei beiden Trägern von 2011 auf 2012 um 8 Prozent gestiegen.



2. Weiterbildungen

Die DPB fördert die Aus- und Weiterbildung der im Behindertenbereich tätigen Personen (eigene Mitarbeiter und Mitarbeiter von anerkannten Einrichtungen und Diensten) auf Basis eines jährlichen Bedarfsplanes. Dieser wird aufgrund des angemeldeten Bedarfs der anerkannten Einrichtungen und Diensten und der durch die DPB festgelegten Auflagen erstellt.

Der Aufgabenbereich der Weiterbildungen umfasst ebenfalls die Weiterbildungen über die Rechte und Pflichten von Menschen mit Behinderung, die Teil des Regionalen Entwicklungskonzepts der DG sind. Im Hinblick auf die Umsetzung der UN-Konvention, die die volle und wirksame Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft ausdrücklich zu ihren Grundsätzen zählt, sind die Weiterbildungen zu den Rechten und Pflichten von Menschen mit Behinderung ein sehr wichtiger Schritt. Ziel ist, dass Personen mit Behinderung die Befähigung erhalten, ihre Rechte und Pflichten besser wahrzunehmen, während ihr Umfeld darin unterstützt wird, die Bedürfnisse nach Unterstützung und Begleitung bei behinderten Menschen besser zu erkennen und sich für sie einzusetzen.

Von April 2012 bis Ende März 2013 wurden Seminare für folgende Zielgruppen zu folgenden Themen organisiert:

- Angebote für hauptamtliche Mitarbeiter zu folgenden Themen:
 - Sexualität und Affektivität
 - Menschen mit geistiger Behinderung im Alter: eine bedürfnisorientierte Lebensgestaltung im Alter
 - Techniken im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten
 - Doppeldiagnose
 - Basiskurs Plus
 - Geöffnete Kurse im Rahmen des 6. Zyklus der MZA:
 - Besichtigung einer Werkstatt und eines Märchenparks in Luxemburg
 - Zivil- und sozialrechtliche Aspekte: Arbeits- und Sozialrechtsfragen
 - Zivil- und sozialrechtliche Aspekte: Gesetzliche Vorteile und Ersatz-einkünfte
 - Zivil- und sozialrechtliche Aspekte: die verschiedenen Statute
 - Beobachtungstechniken und Beobachtungsinstrumente
 - Arbeitsvorbereitung und Arbeitsplatzgestaltung
 - Systemische Vorgehensweisen
 - Grundausbildung in MELBA und IDA
 - Angebote im Bereich Administration: Textverarbeitung mit Word / Tabellenkalkulation mit Excel
- Seminare für erwachsene Personen mit einer geistigen Behinderung oder einer Lernbehinderung zum Thema „Wie lerne ich mit Konflikten umzugehen?“. Was Seminarangebote für diese Zielgruppe betrifft, ar-



beitet die DPB sehr eng mit Alteo zusammen um den Bedarf zu erörtern. Seitdem Alteo sehr aktiv in der Erwachsenenbildung tätig ist, organisiert diese Organisation viele Schulungsangebote für Personen mit und ohne Behinderung.

Neben diesen Schulungsangeboten haben die bezuschussten Dienste und Einrichtungen nach wie vor die Möglichkeit, fachliche Teambegleitungen zu beantragen und/oder einen oder mehrere Mitarbeiter zu Weiterbildungen zu schicken, die von anderen Organisatoren angeboten werden. Eine Bezuschussung der Einschreibegebühr sowie der Fahrtkosten kann dabei beantragt werden.

3. Sensibilisierungsmaßnahmen

1. DG Inklusiv

Da viele Mitbürger und gesellschaftliche Akteure keine wirkliche Vorstellung davon haben, wie sich Menschen mit einer Behinderung in der Gesellschaft zurechtfinden müssen und auf welche Schwierigkeiten sie dabei stoßen, erarbeitete die DPB in Zusammenarbeit mit betroffenen Personen, mit dem Begleitzentrum Griesdeck und dank finanzieller Unterstützung durch den Fonds Elia und CAP 48 die Sensibilisierungsmaßnahme „DG Inklusiv“. Dies ermöglicht es, seit 2012 in fast allen Gemeinden und Behörden der DG, öffentlichen und privaten Einrichtungen, Vereinigungen wie auch für Privatpersonen eine erste Sensibilisierung zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung durchzuführen. 2012 haben insgesamt 482 Personen an den 39 Sensibilisierungen teilgenommen.

2. Infoblatt

Nachdem das Infoblatt seit der letzten Sonderausgabe („Die Beschützenden Werkstätten und die Sozialökonomie“) der Zeitschrift im Jahre 2010 eine rund zweijährige kreative Pause eingelegt hat, hat die DPB 2012 eine neue Ausgabe herausgegeben.

In dieser neuen Sonderausgabe hat sich das Infoblatt dem Thema „Wohnen, Familie und Freizeit für Personen mit Behinderung“ gewidmet. Von den verschiedenen Wohnformen über den Kurzaufenthalt bis hin zu den verschiedenen Angeboten in der Freizeitgestaltung, werden alle in der DG bestehenden spezifischen Angebote für Personen mit Behinderung in diesem Bereich erläutert. Abgerundet wurde dieses Hauptthema durch mehrere Beiträge zu aktuellen Themen.

Das Infoblatt wurde an über 2500 Privatpersonen (Nutznießer), Einrichtungen, Dienste und Behörden in und außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft verschickt und trägt somit zur Sensibilisierung der gesellschaftlichen Akteure bei.



3. Spendenaktion CAP48

Die DPB hat zum 17. Mal die Koordination der Spendenaktion CAP48 für die DG übernommen. Im 55. Jahr des Bestehens von CAP48 konnte in der Wallonie, Brüssel und der DG ein Spendenrekord von insgesamt 4.320.183,00€ erzielt werden. In der DG wurden zwischen dem 12. und 21. Oktober 2012 durch den Verkauf der CAP48-Post-its 35.500,00€ eingenommen. Dieses ausgezeichnete Ergebnis ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass der BRF die Sensibilisierungsarbeit über Rundfunk und Fernsehen verstärkt hat, sodass auch die Bürger der DG bereits vor der Aktion über Sinn und Zweck viel besser informiert sind. So müssen die freiwilligen Verkäuferinnen und Verkäufer nicht mehr alle Erklärungen beim Verkauf geben. Darüber hinaus ist auch das Engagement der Schirmherren hervorzuheben. Im vergangenen Jahr war dies der Rugby-Klub Eupen-Kelmis, der sich tatkräftig für die „gute Sache“ eingesetzt hat.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden über CAP48 folgende Projekte bezuschusst:

- 1) Übergang Schule-Beruf (Behindertenstätten Kelmis und Umgebung)
- 2) Anschaffung eines Hebeegerätes für den Minibus und eines Trainingsrollstuhles (Rollerbulls Sankt Vith)
- 3) Anschaffung eines Fahrzeugs für den Dienst „Rufbus“ (Beschützende Werkstätte „Die Zukunft“ in Meyerode)

Drei weitere Projekte, die bereits 2010 angestoßen wurden, laufen über drei Jahre und werden daher ebenfalls mit den Einnahmen von 2012 kofinanziert:

- 1) Das Projekt „Holz & Natur“ für Jugendliche mit einer geistigen Behinderung mit herausforderndem Verhalten im Bereich Naturpflege und Brennholzverarbeitung (Behindertenstätten Eupen)
- 2) Das Projekt „DG Inklusiv“ (Begleitzentrum Griesdeck)
- 3) Vorbereitung (u.a. Fortbildung) der Tagesstätte Meyerode auf die Aufnahme und Begleitung von autistisch behinderten Personen (Tagesstätte Meyerode)

4. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Dienstleistungsanbietern*

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Dienstleistungsanbietern stellt einen wichtigen Faktor dar, damit die Mobilität von Menschen mit Behinderung erhöht und die sich ihnen eröffnenden Möglichkeiten zur Lebensbewältigung vergrößert werden. Dies gilt insbesondere für betroffene Menschen der DG, die nicht alle angemessenen Dienstleistungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft finden können. Vor diesem Hintergrund besteht weiterhin die Zusammenarbeit mit dem europäischen Berufsbildungswerk „EURO-BBW“ in Bitburg, mit der Be-



schützenden Werkstätte für psychisch Behinderte bzw. Erkrankte EUWECO in Weinsheim (bei Prüm), mit dem Seminar- und Begegnungszentrum EUVEA in Neuerburg sowie mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR).

5. *Übergreifende Zusammenarbeit*

1. **Die Interministerielle Konferenz (IMK)**

Im Rahmen der Interministeriellen Konferenzen kommen die in den verschiedenen Verantwortungsbereichen zuständigen Minister aller Körperschaften Belgiens an einem Tisch zusammen. Die IMK hat nach einer, der Regierungskrise verschuldeten, Pause erst wieder 2012 getagt und umgehend neue Arbeitsgruppen eingesetzt:

- Einzige Anlaufstelle („Guichet unique“) und Handipass
- Statistik
- Pflegende Angehörige und Personen mit Behinderung mit einem umfassenden Hilfebedarf (Grande Dépendance).
- Mobilität von Menschen mit Behinderung
- Internationale Beziehungen
- Nach dem Unfall

Die DPB vertrat das Kabinett des Aufsichtsministers während einigen Versammlungen der Arbeitsgruppen, insbesondere der zu den internationalen Beziehungen, welche eine Neuregelung der Vertretung Belgiens bei der EU, dem Europarat und den Vereinten Nationen anstrebt.

2. **High Level Group Inclusion**

Seit 2011 wird die Koordination der Treffen der High Level Group Inclusion (HLG-I) jeweils ein Jahr turnusmäßig von den Partnerregionen wahrgenommen. Die DPB hatte diese Aufgabe lange Zeit allein wahrgenommen. Im Jahr 2012 hat der Partner Rheinland-Pfalz die Koordination gewährleistet.

Die HLG-I ist inzwischen eine Plattform, die allen Partnerregionen als wertvolles Ressourcen-Netzwerk und Ideengeber dient. Maßstab und Arbeitsgrundlage der High Level Group sind die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung, der Aktionsplan des Europarats zur Förderung der Rechte und vollen Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft: Verbesserung der Lebensqualität behinderter Menschen in Europa 2006-2015 und die EU-Strategie 2020. Wichtige Schwerpunkte sind die soziale Inklusion, die Mitbestimmung und der Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Umsetzung der UN-Konvention.



Nach den 2010 gemeinsam verabschiedeten Nutzungsrechten im Rahmen von Eurewelcome für regionale/nationale Partnerregionen

- muss die Erhebung der Zugänglichkeit zuverlässig sein und so organisiert werden, dass die Menschen mit Behinderung genügend Details erhalten, die ihnen ermöglichen, selbst zu bestimmen, inwiefern sie vor Ort zurechtkommen können;
- sind die Mindestanforderungen von „Berlin barrierefrei“ der Ausgangspunkt für weitere Beratungen zur Entwicklung des Labels „Eurewelcome“.

Zur Ausgestaltung dieser Zielsetzungen und in der Absicht, eine möglichst einheitliche Vorgehensweise anzustreben, hat die HLG-I 2011 beschlossen, sich für die vorgesehene Erhebung der Zugänglichkeit vor Ort (Aufnahme des Ist-Zustandes) grundsätzlich auf einheitliche Erhebungsmerkmale zu einigen. Zu diesem Zweck hat die HLG-I eine Arbeitsgruppe zur Festlegung einheitlicher Erhebungsmerkmale der Zugänglichkeit für ein gemeinsames Label Eurewelcome eingesetzt, die inzwischen ihre Arbeiten beendet hat. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe hat die HLG-I eine Übereinkunft der Partner über die Anwendung des EureWelcome-Labels ausgearbeitet, die von den in den Partnerstaaten und -regionen für die Behindertenpolitik zuständigen Ministern unterzeichnet werden soll.

3. C5 – Koordination auf Landesebene

Auf Direktorenebene besteht zwischen den belgischen Behörden für Menschen mit Behinderung ein Konzertierungsgremium, die sogenannte C5, an dem AWIPH, Phare, VAPH, FÖD – Soziale Sicherheit und DPB teilnehmen.

Dieses Konzertierungsgremium trifft sich regelmäßig zum Informationsaustausch und zur innerbelgischen Abstimmung zu europäischen und internationalen Themen im Behindertenbereich, einschließlich der turnusmäßigen Vertretung Belgiens bei den Sitzungen der High Level Group on Disability (HLG-D) der Europäischen Union und des Expertengremiums des Europarates für die Rechte von Menschen mit Behinderung (CS RPD), dem Nachfolgegremium des Forums zur Evaluation der Umsetzung des Aktionsplans des Europarates für Menschen mit Behinderung (CAHPAH).

Die DPB war im Jahr 2012 nicht offizieller Vertreter Belgiens in der HLG-D, aber der geschäftsführende Direktor der DPB hat in der Sitzung der HLG-D von Oktober 2012 die Eurecard als *Best practise*-Beispiel vorgestellt, da die Europäische Kommission die EU-weite Einführung einer Mobility Card plant.

Neben der Vor- und Nachbesprechung dieser Vertretungen befasste sich die C5 darüber hinaus mit:

- den Vorschlägen der IMK zur Anpassung des Vertretungsturnus durch eine geplante Einbeziehung des Interföderalen Koordinationsmechanismus für die UN-Konvention;



- der Vorbereitung einer europäischen Konferenz zum Thema „Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in die Gesellschaft“, welche die für die Behindertenpolitik zuständigen Behörden Belgiens (VAPH, AWIPH, Phare, DPB, FÖD Soziale Sicherheit) auf Initiative der AWIPH und in Zusammenarbeit mit dem Europarat am 21. und 22. November 2013 in Brüssel;
- der Klage der 'Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme(FIDH)'. Die FIDH hatte gemeinsam mit 16 belgischen Organisationen und unter Berufung auf die Artikel 13, 14, 15, 16 und 30 der revidierten Europäischen Sozialcharta beim Europäischen Komitee für Soziale Rechte des Europarates in Straßburg gegen den belgischen Staat insgesamt Klage eingereicht. Die weitere Behandlung der Klage ist für 2013 vorgesehen.

6. UN Konvention über die Rechte von Personen mit Behinderung

Die Regierung bezeichnete 2010 die DPB als Koordinierungsmechanismus der DG (Focal Point) für die vom Parlament der DG ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung.

Im laufenden Jahr bereitet die DPB die Erstellung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Konvention in der DG vor, in dem konkrete Zielsetzungen und ein realistischer Umsetzungszeitraum festgelegt werden. Hierzu wurden im Rahmen des Projekts „DG Inklusiv“ öffentliche Entscheidungsträger aber auch Privatpersonen und die Zivilgesellschaft sensibilisiert und konsultiert. Die Akteure unserer Gesellschaft sollen gezielt dazu ermutigt werden, über die eigenen Möglichkeiten nachzudenken und spezifische Lösungsansätze zu erarbeiten. Darüber hinaus hat die DPB bereits 2012 Aktionen gestartet, welche der Umsetzung der UN-Konvention dienen:

- die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit dem Zentrum für Förderpädagogik;
- die Organisation eines Seminars zur leichten Sprache (Gemeinsam mit dem ÖSHZ St.Vith);
- die Anpassung des Faltblatts für zugängliche Wahllokale;
- eine Umfrage zur Teilnahme von Menschen mit geistiger Beeinträchtigung, Autismus oder Lernschwierigkeiten an den Gemeinderatswahlen;
- eine Informationsveranstaltung für hörgeschädigte Menschen;
- die Anpassung des Faltblatts „zugängliche Veranstaltungen“;
- die erstmalige Verleihung des Inklusionspreises im Rahmen der Aktion „Über Grenzen hinweg“.



7. FINANZEN

Im Jahr 2012 wurde die Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft um 743.000 € erhöht. Davon war der größte Teil (566.000 €) zur Refinanzierung einer Reihe von Defiziten in den Vorjahren (-407.733 € in 2011; -78.564 € in 2010 und -195.148 € in 2009) bestimmt. Der andere Teil (177.000 €), entspricht der normalen Dotationssteigerung von 2,25 %.

Dank der Sparanstrengungen stiegen die Ausgaben um nur 21.439 €. Das Haushaltsergebnis 2012 war mit 400.877 € positiv. Das wirtschaftliche Ergebnis beträgt nach Abzug des Erlöses der Stiftung Miteinander Unterwegs (2.194€) noch 456.052€. Diese Mittel wandeln die Nettopassiva in ein positives Reinvermögen von 346.737 € um.

Im Jahr 2013 sind diese Mittel unverzichtbar, um den voraussichtlichen Haushaltsverlust von 412.533 € abzufedern.

1. EINNAHMEN 2012 in Euro

Grunddotation DG	8.600.000
Zuschuss für Ausstattung	300.000
Europäische Programme	158.384
BVA-Rückerstattungen	76.963
Rückerstattung der Jugendhilfe	26.343,14
Abkommen FÖD	62.362,35
Eigenbeteiligung Nutznießer	381.718
Kooperationsabkommen AWIPH	398.324
Verkauf von Dienstleistungen ans Ausland	18.539
Andere Einnahmen	37.298
TOTAL	10.059.932

2. AUSGABEN 2012 in Euro

Funktionszuschüsse für Einrichtungen u. Diensten	5.007.412
Qualifizierung u. Beschäftigung in Beschützenden Werkstätten u. Sozialbetrieben sowie Beschäftigung in Betrieben	2.471.392
Berufsberatung/Ausbildung/ Qualifizierung	305.337
Materielle und soziale Hilfen	244.162
Zugänglichkeit, Veranstaltungen, EU-Programme, Experten	40.213
Wohnungsanpassungen	99.360
Ausrüstungszuschüsse an Einrichtungen	96.144
Wohnungsanpassungen u. Treppenlifte f. Pers. über 65 Jahre	38.916
Einrichtung und Ausrüstung der DPB	31.244
Allgemeine Verwaltung, Gremien, Unterhalt, Energie, Gebäude	235.554
Personalkosten der DPB	1.089.319
TOTAL	9.659.055



ABKÜRZUNGEN

AAV	Allgemeiner Arbeitgeberverband
ABH	Elternverband „Aktiv leben ohne Barrieren heute“
ABW	Ausbildungspraktikum in einer Beschützenden Werkstatt
Adapta	Betrieb für angepasste Arbeit Hergenrath
ADG	Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft
ADHS	Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung
AIB	Ausbildung im Betrieb
AIDA	Anpassungen und individuelle Dienstleistungsangebote
Alteo	Erwachsenenbildungsorganisation für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung
AP	Ausbildungspraktikum
APA	Arbeitsplatzassistenz
AWIPH	Agence Wallonne pour l'Intégration des Personnes Handicapées
BAG-UB	Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung
BDF	Belgian Disability Forum
BGZ	Begleitzentrum Griesdeck
BIB	Beschäftigung im Betrieb
Blindenhilfswerke	Eupen und St.Vith
BPF	Begleitplattform zur sozialberuflichen Eingliederung in der DG
BW	Beschützende Werkstatt
CAHPAH	Forum zur Evaluation der Umsetzung des Aktionsplans des Europarates für Menschen mit Behinderung
CARA	Centre d'Adaptation à la Route pour Automobilistes Handicapés
CB	Come-Back
CSC	Christliche Gewerkschaft
CS-RPD	Expertengremium des Europarates über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
DG	Deutschsprachige Gemeinschaft
DIVA	Dauerhafte Integration durch Vermittlung im Ausland
DPB	Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung
DSBE	Dienst Sozial-Berufliche Eingliederung
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EURO BBW	Europäisches Berufsbildungswerk Bitburg
EUWECO	Beschützende Werkstatt für psychisch Behinderte bzw. Erkrankte Weinsheim
FB	Familienbegleitung
FGTB	Sozialistische Gewerkschaft
FH	Frühhilfe Ostbelgien
FZ	Freizeitvermittlung
FÖD	Föderaler öffentlicher Dienst
HLG	High Level Group



IAWM	Institut für die Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes und in kleinen und mittleren Unternehmen
IBSR	Belgisches Institut für Verkehrssicherheit
IDP	Individueller Dienstleistungsplan
IMK	Interministerielle Konferenz
KA	Kurzaufenthalte
KFH	Königin Fabiola Haus
KITZ	Kindertherapiezentrum
KUSO	Abteilung kulturelle und soziale Angelegenheiten des Ministeriums der DG
LFA	Landesamt für Arbeitsbeschaffung
LIKIV	Landesinstitut für Kranken und Invaliditätsversicherung
LVR	Landschaftsverband Rheinland
MAT	Ministerium für Ausrüstung und Transport der Wallonischen Region
MDG	Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft
MDT	Multidisziplinäres Team
MSV	Mittelstandsvereinigungen in der DG
MZA	Modulare Zusatzausbildung
OIB	Orientierung im Betrieb
ÖSHZ	Öffentliches Sozialhilfezentrum
Phare	Personne Handicapée Autonomie Recherchée - Service bruxellois francophone des personnes handicapées
PmB	Person mit Behinderung
PMS	Psychologisch-Medizinisch-Soziales Zentrum
PPA	Praktikumsplatzassistenz
Rollis	Rollis der Ostkantone
RTBF	Radio Télévision Belge Francophone
SENS	Freundschaft, Affektivität, Liebe, Sexualität und Partnerschaft
SPZ	Sozial-psychologisches Zentrum
SUSA	Service Universitaire Spécialisé pour personnes avec Autisme
SW	Selbständiges Wohnen
SWBg	Soziale Wohnungsbaugesellschaft
TEC	Transport en commun
TS	Tagesstätte
UCL	Université Catholique de Louvain-la-Neuve
ULg	Université de Liège
UN(O)	Vereinte Nationen
U.V.I.B.	Unabhängige Vereinigung der Invaliden und Behinderten
UZ Leuven	Universitair Ziekenhuis Gasthuisberg der KU Leuven
VAPH	Vlaams Agentschap voor Personen met een Handicap
VDK	Sozialverband VdK Euregio-Ostbelgien
VZÄ	Vollzeitäquivalenz
WFF	Dienst Wohnen-Familie-Freizeit
WG	Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderung
WHL	Wohnheim Lommersweiler
WR	Wohnressource
ZFP	Zentrum für Förderpädagogik



ANHANG

Statistiken



ANHANG

1.	Einleitung.....	2
1.1.	Neuanträge.....	2
1.2.	Maßnahmen.....	2
2.	Start Service	3
2.1.	Anfragen an den Start-Service	3
2.2.	Orientierungspraktikum im Betrieb (OIB).....	4
2.3.	Ausbildung im Betrieb (AIB).....	5
2.4.	Beschäftigung im Betrieb (BIB)	6
2.5.	Praktikumsplatzassistenz (PPA)	7
2.6.	Ausbildungspraktikum Betriebe (AP)	8
2.7.	Langzeitpraktika in Betrieben	9
2.8.	Ausbildungspraktika in den BW-Ausbildungsabteilungen	10
2.9.	Langzeitausbildungspraktika in einer BW-Ausbildungsabteilung ...	11
2.10.	Arbeitsplatzassistenz	12
2.11.	Anzahl Beschäftigte in den Beschützenden Werkstätten	12
2.12.	DIVA ESF-Projekt.....	12
2.13.	Belegung Tagesstätten 2012	13
2.14.	Betreute Personen in den Tagesstätten	14
2.15.	Personalstand pro Arbeitsbereich „Tierhof“ 2012.....	14
3.	AIDA	15
3.1.	Übersicht Wohnen – Familie – Freizeit	15
3.2.	Frühhilfe Ostbelgien	16
3.3.	Come-Back	17
3.4.	Familienbegleitung	18
3.5.	Freizeitvermittlung	19
3.6.	SENS	20
3.7.	Selbständiges Wohnen	21
3.8.	Begleitungen Wohnressourcen (WR)	22
3.9.	Verfügbare Plätze und tatsächliche Belegung WR.....	23
3.10.	Kurzaufenthalt (KA) im Begleitzentrum Griesdeck	24
3.11.	Wohnheim – Königin Fabiola Haus.....	25
3.12.	Wohnheim - Lommersweiler	26
3.13.	Außerregionale Unterbringung	26
3.14.	Ferienschecks.....	27
3.15.	Materielle Hilfen und Ausleihe.....	28
3.16.	Materielle Hilfen für Personen über 65 Jahren	29
3.17.	Materielle Hilfen für Personen unter 65 Jahren	29
3.18.	Soziale Hilfen unter 65 Jahren	30
3.19.	Ausgeliehenes Ausleihmaterial 2012.....	30
4.	Allgemeine Dienste.....	31
4.1.	Rufbusse	31



1. Einleitung

1.1. Neuanträge

	2008	2009	2010	2011	2012
Gesamt	222	217	212	209	182
<i>Vgl. zum Vorjahr in %</i>	-1	-2	-2	-1	-15
unter 65 Jahre	122	107	135	126	115
<i>Vgl. zum Vorjahr in %</i>	-15	-14	21	-7	-10
über 65 Jahre	100	110	77	83	67
<i>Vgl. zum Vorjahr in %</i>	15	9	-43	+7	-24
Verweigerungen	-	-	-	-	-
unter 65 Jahre (in %)	55	49	64	60	63
über 65 Jahre (in %)	45	51	36	40	37
START	-	-	-	61	54
AIDA	-	-	-	43	40
WFF	-	-	-	14	17
AIDA-WFF	-	-	-	8	4

1.2. Maßnahmen

	2010	2011	2012
Gesamt	1450	1550	1557
<i>Vgl. zum Vorjahr in %</i>			
START	479	466	479
AIDA	439	534	548
WFF	532	550	552



2. Start Service

2.1. Anfragen an den Start-Service

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		151	208	158
Geschlecht	Männlich	103	138	99
	Weiblich	48	70	59
Alter	< 25 J.	59	71	53
	26 – 40 J.	30	60	46
	41 – 50 J.	36	50	45
	> 50 J.	19	22	14
Sozialstatut	Schüler	32	32	30
	Lehre	5	7	5
	Arbeitnehmer	11	16	11
	Selbstständig	3	4	3
	LIKIV	25	37	33
	FÖD	18	57	36
	LFA	21	60	44
	ÖSHZ	-	8	1
	Versicherung	5	8	-
	Ohne	3	5	-
	Sonstige	6	10	7
	Nicht bekannt	-	23	-
Behinderungsart	Lernbehinderung	21	39	36
	Geistige Behinderung	15	13	10
	Körperliche Behinderung	68	100	78
	Neurologische Behind.	12	15	12
	Epilepsie	6	6	4
	Hörschädigung	4	8	6
	Sehschwäche	6	12	10
	Rollstuhlfahrer	3	2	1
	Psychische Behinderung	48	67	47
	Nicht bekannt	-	23	-
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	9	8	11
	Primarschule	18	27	23
	Sondersekundar (ohne)	9	12	8
	Sondersekundar (mit)	-	5	4
	Unterstufe Sekundar	15	32	27
	Oberstufe Sekundar	16	8	3
	Lehre	15	21	18
	Meister	2	2	-
	Hochschule	9	9	5
	sonstige	3	4	4
	Nicht bekannt	-	73	53



2.2. Orientierungspraktikum im Betrieb (OIB)

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		67	62	56
Geschlecht	Männlich	45	41	35
	Weiblich	22	21	21
Alter	< 25 J.	27	29	31
	26 – 40 J.	25	21	11
	41 – 50 J.	12	10	10
	> 50 J.	3	2	4
Sozialstatut	Schüler	10	12	17
	Lehre	2	3	1
	Arbeitnehmer	1	3	4
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	6	9	15
	FÖD	3	24	5
	LFA	6	20	12
	ÖSHZ	4	1	-
	Versicherung	1	1	-
	Ohne	1	-	-
	Sonstige	-	-	-
Nicht bekannt	-	5	2	
Behinderungsart	Lernbehinderung	18	12	16
	Geistige Behinderung	9	8	9
	Körperliche Behinderung	13	15	14
	Neurologische Behind.	2	4	-
	Epilepsie	5	2	-
	Hörschädigung	3	1	2
	Sehschwäche	2	1	4
	Rollstuhlfahrer	1	-	-
	Psychische Behinderung	18	15	12
	Nicht bekannt	-	16	-
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	10	17	24
	Primarschule	2	10	9
	Sondersekundar (ohne)	4	2	-
	Sondersekundar (mit)	-	5	-
	Unterstufe Sekundar	2	5	9
	Oberstufe Sekundar	7	2	4
	Lehre	4	2	3
	Meister	-	-	1
	Hochschule	2	1	1
	sonstige	-	2	1
Nicht bekannt	-	13	4	



2.3. Ausbildung im Betrieb (AIB)

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		40	36	40
Geschlecht	Männlich	28	25	29
	Weiblich	12	11	11
Alter	< 25 J.	25	27	30
	26 – 40 J.	12	9	10
	41 – 50 J.	3	-	-
	> 50 J.	-	-	-
Sozialstatut	Schüler	20	15	17
	Lehre	3	2	2
	Arbeitnehmer	2	1	1
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	3	1	3
	FÖD	5	8	7
	LFA	9	14	16
	ÖSHZ	-	-	1
	Versicherung	-	-	1
	Ohne	3	2	2
	Sonstige	-	-	1
Nicht bekannt	-	-	-	
Behinderungsart	Lernbehinderung	26	31	28
	Geistige Behinderung	9	33	4
	Körperliche Behinderung	1	-	6
	Neurologische Behind.	-	3	1
	Epilepsie	-	1	-
	Hörschädigung	3	-	3
	Sehschwäche	-	2	-
	Rollstuhlfahrer	-	-	-
	Psychische Behinderung	4	-	2
	Nicht bekannt	-	-	-
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	4	1	7
	Primarschule	26	4	15
	Sondersekundar (ohne)	1	13	2
	Sondersekundar (mit)	1	1	1
	Unterstufe Sekundar	4	4	4
	Oberstufe Sekundar	-	2	1
	Lehre	2	-	3
	Meister	-	-	-
	Hochschule	-	-	-
	sonstige	-	-	6
Nicht bekannt	-	10	6	



2.4. Beschäftigung im Betrieb (BIB)

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		66	54	53
Geschlecht	Männlich	53	43	41
	Weiblich	13	11	12
Alter	< 25 J.	6	5	2
	26 – 40 J.	26	25	24
	41 – 50 J.	22	16	19
	> 50 J.	12	7	7
Sozialstatut	Schüler	18	15	14
	Lehre	2	1	1
	Arbeitnehmer	25	21	23
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	3	3	4
	FÖD	3	5	4
	LFA	2	3	3
	ÖSHZ	-	5	5
	Versicherung	-	-	-
	Ohne	5	-	-
	Sonstige	1	-	-
Nicht bekannt	-	6	-	
Behinderungsart	Lernbehinderung	8	4	6
	Geistige Behinderung	9	10	8
	Körperliche Behinderung	18	15	19
	Neurologische Behind.	2	1	1
	Epilepsie	-	-	-
	Hörschädigung	6	7	6
	Sehschwäche	1	-	-
	Rollstuhlfahrer	1	-	-
	Psychische Behinderung	-	1	4
	Nicht bekannt	-	7	-
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	-	-	1
	Primarschule	-	-	1
	Sondersekundar (ohne)	-	-	-
	Sondersekundar (mit)	-	-	-
	Unterstufe Sekundar	-	-	1
	Oberstufe Sekundar	-	-	-
	Lehre	-	-	-
	Meister	-	-	1
	Hochschule	-	-	-
	sonstige	-	-	-
Nicht bekannt	66	54	49	



2.5. Praktikumsplatzassistenz (PPA)

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		27	28	27
Geschlecht	Männlich	17	18	47
	Weiblich	10	10	10
Alter	< 25 J.	2	6	8
	26 – 40 J.	17	15	14
	41 – 50 J.	8	7	5
	> 50 J.	-	-	-
Sozialstatut	Schüler	-	1	2
	Lehre	-	-	-
	Arbeitnehmer	-	-	-
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	-	-	-
	FÖD	20	21	18
	LFA	-	-	-
	ÖSHZ	-	-	-
	Versicherung	-	-	-
	Ohne	-	-	-
	Sonstige	-	-	1
Nicht bekannt	7	6	6	
Behinderungsart	Lernbehinderung	-	-	-
	Geistige Behinderung	2	4	13
	Körperliche Behinderung	-	-	2
	Neurologische Behind.	-	-	-
	Epilepsie	-	1	-
	Hörschädigung	-	-	-
	Sehschwäche	-	-	-
	Rollstuhlfahrer	-	-	-
	Psychische Behinderung	-	-	-
	Nicht bekannt	20	23	12
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	4	18	22
	Primarschule	-	6	5
	Sondersekundar (ohne)	-	-	-
	Sondersekundar (mit)	-	-	-
	Unterstufe Sekundar	-	-	-
	Oberstufe Sekundar	-	-	-
	Lehre	-	-	-
	Meister	1	-	-
	Hochschule	-	-	-
	sonstige	-	-	-
Nicht bekannt	22	3	-	



2.6. Ausbildungspraktikum Betriebe (AP)

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		40	51	45
Geschlecht	Männlich	25	34	34
	Weiblich	15	17	11
Alter	< 25 J.	10	12	9
	26 – 40 J.	20	21	19
	41 – 50 J.	8	13	14
	> 50 J.	2	4	3
Sozialstatut	Schüler	7	8	1
	Lehre	-	1	1
	Arbeitnehmer	-	-	1
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	7	7	10
	FÖD	8	13	10
	LFA	3	13	6
	ÖSHZ	2	1	-
	Versicherung	1	1	-
	Ohne	-	1	-
	Sonstige	2	5	-
Nicht bekannt	10	8	-	
Behinderungsart	Lernbehinderung	1	5	4
	Geistige Behinderung	6	4	5
	Körperliche Behinderung	5	13	12
	Neurologische Behind.	-	1	1
	Epilepsie	-	-	-
	Hörschädigung	-	-	1
	Sehschwäche	1	2	2
	Rollstuhlfahrer	-	-	-
	Psychische Behinderung	19	19	15
	Nicht bekannt	-	10	5
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	9	7	14
	Primarschule	3	5	7
	Sondersekundar (ohne)	1	1	3
	Sondersekundar (mit)	-	-	-
	Unterstufe Sekundar	7	3	2
	Oberstufe Sekundar	2	7	7
	Lehre	-	2	4
	Meister	1	-	-
	Hochschule	2	-	-
	sonstige	-	-	5
Nicht bekannt	15	24	3	



2.7. Langzeitpraktika in Betrieben

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		25	38	34
Geschlecht	Männlich	13	19	17
	Weiblich	12	19	17
Alter	< 25 J.	-	3	3
	26 – 40 J.	12	23	18
	41 – 50 J.	4	7	9
	> 50 J.	6	5	4
Sozialstatut	Schüler	-	2	1
	Lehre	-	-	-
	Arbeitnehmer	-	-	-
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	5	7	7
	FÖD	7	14	13
	LFA	8	11	11
	ÖSHZ	1	1	1
	Versicherung	1	1	1
	Ohne	-	-	-
	Sonstige	2	1	2
Nicht bekannt	1	5	-	
Behinderungsart	Lernbehinderung	-	-	-
	Geistige Behinderung	4	7	7
	Körperliche Behinderung	10	9	8
	Neurologische Behind.	-	1	1
	Epilepsie	-	-	-
	Hörschädigung	-	-	-
	Sehschwäche	1	2	1
	Rollstuhlfahrer	1	-	-
	Psychische Behinderung	5	11	9
	Nicht bekannt	4	6	-
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	7	10	9
	Primarschule	-	10	7
	Sondersekundar (ohne)	3	-	-
	Sondersekundar (mit)	-	-	-
	Unterstufe Sekundar	4	4	5
	Oberstufe Sekundar	3	7	7
	Lehre	-	4	3
	Meister	-	-	-
	Hochschule	2	-	-
	sonstige	-	-	1
Nicht bekannt	6	2	2	



2.8. Ausbildungspraktika in den BW-Ausbildungsabteilungen

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		13	16	18
Geschlecht	Männlich	8	13	16
	Weiblich	5	3	2
Alter	< 25 J.	4	9	9
	26 – 40 J.	4	2	2
	41 – 50 J.	4	5	6
	> 50 J.	1	-	1
Sozialstatut	Schüler	3	7	8
	Lehre	-	-	-
	Arbeitnehmer	-	-	1
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	1	1	1
	FÖD	2	7	6
	LFA	2	3	5
	ÖSHZ	-	-	-
	Versicherung	-	-	-
	Ohne	-	-	-
	Sonstige	-	-	-
Nicht bekannt	5	1	-	
Behinderungsart	Lernbehinderung	1	13	-
	Geistige Behinderung	8	4	6
	Körperliche Behinderung	1	-	4
	Neurologische Behind.	-	4	3
	Epilepsie	-	-	-
	Hörschädigung	-	3	1
	Sehschwäche	-	-	-
	Rollstuhlfahrer	1	-	-
	Psychische Behinderung	5	-	1
	Nicht bekannt	-	8	4
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	5	1	13
	Primarschule	2	1	2
	Sondersekundar (ohne)	-	1	2
	Sondersekundar (mit)	-	-	2
	Unterstufe Sekundar	-	2	-
	Oberstufe Sekundar	-	-	-
	Lehre	1	-	-
	Meister	-	-	-
	Hochschule	-	-	-
	sonstige	-	-	-
Nicht bekannt	5	12	-	



2.9. Langzeitausbildungspraktika in einer BW-Ausbildungsabteilung

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		28	28	22
Geschlecht	Männlich	19	19	15
	Weiblich	9	9	7
Alter	< 25 J.	3	6	1
	26 – 40 J.	12	11	11
	41 – 50 J.	9	7	6
	> 50 J.	4	4	4
Sozialstatut	Schüler	7	8	6
	Lehre	-	-	-
	Arbeitnehmer	-	-	-
	Selbstständig	-	-	-
	LIKIV	-	2	-
	FÖD	14	14	12
	LFA	4	3	3
	ÖSHZ	-	-	-
	Versicherung	-	-	-
	Ohne	-	-	1
	Sonstige	1	-	-
	Nicht bekannt	2	1	-
Behinderungsart	Lernbehinderung	-	1	-
	Geistige Behinderung	20	19	16
	Körperliche Behinderung	1	1	1
	Neurologische Behind.	-	-	-
	Epilepsie	-	-	-
	Hörschädigung	1	1	1
	Sehschwäche	1	1	1
	Rollstuhlfahrer	-	-	-
	Psychische Behinderung	15	5	2
	Nicht bekannt	-	4	-
Schulniveau (Abschluss)	Ohne Abschluss	15	6	16
	Primarschule	-	1	1
	Sondersekundar (ohne)	-	-	-
	Sondersekundar (mit)	-	-	-
	Unterstufe Sekundar	-	-	-
	Oberstufe Sekundar	-	-	-
	Lehre	-	-	-
	Meister	-	-	-
	Hochschule	-	-	-
	sonstige	-	3	-
	Nicht bekannt	13	18	5



2.10. Arbeitsplatzassistenz

		2009	2010	2011	2012
Anzahl Personen		57	55	35	3
Geschlecht	Männlich	-	-	22	15
	Weiblich	-	-	13	15
Alter	< 25 J.	-	-	20	17
	26 – 40 J.	-	-	13	13
	41 – 50 J.	-	-	2	-
	> 50 J.	-	-	-	-

2.11. Anzahl Beschäftigte in den Beschützenden Werkstätten

	2009			2010			2011			2012		
	BWE	BWK	BWM	BWE	BWK	BWM	BWE	BWK	BWM	BWE	BWK	BWM
Kader + Betreuer	11	6	10	12	7	10	10	7	10	9	7	10
Betreuer ABW	3	1	2	3	2	2	3	2	2	3	1	2
Bezuschusste behinderte Arbeitnehmer	71	33	63	71	36	60	69	38	60	68	39	62
AP Praktikanten	18	12	11	16	14	11	18	12	14	16	13	11
Nicht behinderte Arbeitnehmer	34	16	8	30	14	7	32	21	7	35	23	8
Total	137	68	94	132	73	90	132	80	93	131	83	93

2.12. DIVA ESF-Projekt

		2010	2011	2012
Anzahl Personen		28	53	25
Geschlecht	Männlich	18	32	19
	Weiblich	10	21	6



2.13. Belegung Tagesstätten 2012

		TS Kelmis	TS Eupen	TS Meyerode	TS Eisenborn	Gesamt	
Anzahl Personen		33	43	31	11	118	
Veränderung	Neue	2	4	3	-	9	
	Beendete	-	3	2	-	5	
Geschlecht	Männlich	21	20	17	4	62	
	Weiblich	12	23	14	7	56	
Alter	< 21 J.	1	1	-	1	3	
	21 – 30 J.	8	11	2	2	23	
	31 – 40 J.	15	6	10	4	35	
	41 – 50 J.	5	17	6	4	32	
	51 – 60 J.	2	7	8	-	17	
	> 60 J.	2	1	5	-	8	
Herkunft	Amel	-	1	8	2	11	
	Büllingen	1	-	3	-	4	
	Burg Reuland	-	-	4	1	5	
	Bütgenbach	1	1	3	4	9	
	St.Vith	-	-	13	3	16	
	Süden	2	2	31	10	45	
	Eupen	2	22	-	-	24	
	Kelmis	9	6	-	-	15	
	Lontzen	5	-	-	-	5	
	Raeren	8	6	-	1	15	
	Norden	24	34	0	1	59	
	Franz. Gemeinsch.	7	7	-	-	14	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	-	-	-	-	-
		Mehrfachbehinderung	12	13	12	4	41
Autismus		5	2	1	3	11	
Geistige Behinderung		15	22	15	2	54	
Lernbehinderung		-	-	-	-	-	
Neurologische Beh.		-	-	2	-	2	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	-	-	-	
Psychische Behinderung		-	-	-	-	-	
Polyhandicap		1	6	1	2	10	

Polyhandicap: Kinder oder Erwachsene, die eine schwere geistige Behinderung aufweisen (IQ niedriger als 50), welche eine starke Abhängigkeit von fremder menschlicher und/oder technischer Hilfe permanenter und individueller Art erforderlich macht und somit zusätzlich körperlich bedingt an ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt sind.

Mehrfachbehinderung: das gleichzeitige Auftreten mehrerer Behinderungsarten, beispielsweise ein Rollstuhlfahrer (Körperbehinderung) mit geistiger Behinderung.



2.14. Betreute Personen in den Tagesstätten

	2009	2010	2011	2012
TS Elsenborn	10	11	12	11
TS Am Garnstock Eupen-Raeren	43	46	43	43
König Baudouin TS Hergenrath	31	31	33	33
TS Meyerode	32	30	30	31
Gesamt	116	118	118	118

2.15. Personalstand pro Arbeitsbereich „Tierhof“ 2012

	2010		2011		2012	
	Std.	Pers.	Std.	Pers.	Std.	Pers.
Projektkoordinator	19	1	19	1	19	1
Betreuung	38	1	38	1	38	1
Verwaltung	15	1	15	1	15	1
Gastronomie	-	-	38	1	38	1
Arbeiter	127	5	115	5	115	5
Gesamt	199	8	225	9	225	9



3. AIDA

3.1. Übersicht Wohnen – Familie – Freizeit

Einrichtungen und Dienste:		Betreute Personen			
		2009	2010	2011	2012
Förderung					
Frühhilfe	FH	61	73	82	77
Come Back	CB	54	75	72	73
Begleitung und Beratung Wohnen - Familie – Freizeit					
Familienbegleitung	FB	95	84	106	118
Freizeitvermittlung	FZ	81	73	74	54
Beratung „SENS“*	SENS	31	40	37	45
Selbstständiges Wohnen	SW	65	61	55	57
Wohnressourcen	WR	62	65	61	62
Kurzaufenthalte	KA**	17	18	19	21
Wohnheime					
Königin-Fabiola-Haus	KFH	22	23	23	25
Wohnheim Lommersweiler	WHL***	18	20	21	20
Gesamt		506	532	550	552

* „Freundschaft, Affektivität, Liebe, Sexualität und Partnerschaft“

** Die hier aufgeführten Zahlen beinhalten die Kurzaufenthalte, die im Begleitzentrum Griesdeck stattgefunden haben. Die Kurzaufenthalte in Wohnressourcen sowie in Wohnheimen sind in den entsprechenden Zahlen enthalten.

*** inklusive einer Tagesaufnahme



3.2. Frühhilfe Ostbelgien

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		61	73	82	77	
Veränderung	Neue	38	32	31	31	
	Beendete	33	24	34	20	
Geschlecht	Männlich	-	40	43	48	
	Weiblich	-	33	39	29	
Alter	< 1 J.	7	10	10	22	
	< 2 J.	16	26	23	26	
	< 5 J.	27	27	38	22	
	< 6 J.	11	10	11	7	
Herkunft	Amel	4	6	7	9	
	Büllingen	4	4	3	5	
	Burg Reuland	1	1	4	4	
	Bütgenbach	6	6	5	4	
	St.Vith	4	3	3	2	
	Süden	19	20	22	24	
	Eupen	25	35	36	27	
	Kelmis	7	7	10	13	
	Lontzen	2	3	2	4	
	Raeren	4	3	6	6	
	Norden	38	48	54	50	
	Franz. Gemeensch.	4	5	6	3	
	Behinderungsart	Motorische Beeintr.	10	5	7	11
		Epilepsie	2	2	2	-
Frühgeborene		11	14	14	12	
Trisomie		4	3	5	4	
Mehrfachbehinderung		5	3	3	6	
Spektrum Autismus		3	5	6	2	
Wahrnehm. u. Sprache		9	10	11	14	
Verschiedene Syndrome		2	6	11	8	
Verdacht auf ADHS		-	3	1	-	
Entwicklungsverzögert		11	16	21	18	
Noch in erster Phase	4	6	1	2		
Sitzungen	Mit Kind	1893	1805	1691	1796	
	Mit Eltern	467	454	503	495	
	Koordination für Kinder	305	224	299	279	
	Koordination mit Diensten/Ärzten	412	454	494	497	
	Entschuldigt	251	228	252	311	
	Abwesenheit	79	51	58	55	
	Rhythmus	Sehr intensiv >1/Woche	-	66	68	67
Intensiv (> 1/Monat)		-	4	8	4	
Mittel (> 2/ Jahr)		-	3	3	4	
Selten (< 2/Jahr)		-	-	-	-	
Auf Anfrage		-	-	2	2	



3.3. Come-Back

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		54	75	72	73	
Veränderung	Neue	24	42	48	45	
	Beendete	28	41	48	38	
Geschlecht	Männlich	34	47	42	42	
	Weiblich	20	28	30	31	
Alter	< 21 J.	14	27	35	32	
	21 – 30 J.	8	10	8	10	
	31 – 40 J.	6	7	4	6	
	41 – 50 J.	5	7	6	8	
	51 – 60 J.	13	10	8	9	
	> 60 J.	8	13	11	8	
	Keine Angabe	-	1	-	-	
Herkunft	Amel	8	8	2	3	
	Büllingen	-	1	4	7	
	Burg Reuland	1	2	4	3	
	Bütgenbach	3	6	5	1	
	St.Vith	4	9	7	8	
	Süden	16	26	22	22	
	Eupen	17	20	21	20	
	Kelmis	8	15	10	13	
	Lontzen	2	1	4	4	
	Raeren	4	3	4	5	
	Norden	31	39	39	42	
	Franz. Gemeinschaft.	7	8	11	9	
	Keine Angabe	-	2	-	-	
	Behinderungsart	Lernbehinderung	4	7	13	13
		Epilepsie	4	8	7	3
		Neurologische Beh.	39	48	46	47
Psychische Behinderung		2	3	3	1	
Fibromyalgie		2	1	-	1	
ADHS		1	4	1	4	
Demenz		-	-	-	1	
Ohne Angabe		2	4	2	3	
Rhythmus	Sehr intensiv >1/Woche	-	19	15	12	
	Intensiv (> 1/Monat)	-	11	19	18	
	Mittel (> 2/ Jahr)	-	5	1	-	
	Selten (< 2/Jahr)	-	-	1	2	
	Auf Anfrage	-	5	-	-	
	Nur Test	-	35	36	38	



3.4. Familienbegleitung

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		95	84	106	118	
Veränderung	Neue	13	7	24	20	
	Beendete	16	5	7	9	
Geschlecht	Männlich	65	63	73	82	
	Weiblich	30	21	33	36	
Alter	< 21 J.	78	72	86	98	
	21 – 30 J.	14	10	18	18	
	31 – 40 J.	1	1	1	1	
	41 – 50 J.	1	1	1	1	
	51 – 60 J.	-	-	-	-	
	> 60 J.	-	-	-	-	
	Ohne Angabe	1	-	-	-	
Herkunft	Amel	8	7	9	11	
	Büllingen	6	4	6	5	
	Burg Reuland	4	3	3	5	
	Bütgenbach	6	5	4	6	
	St.Vith	11	13	12	13	
	Süden	35	32	34	40	
	Eupen	28	25	34	35	
	Kelmis	12	9	14	18	
	Lontzen	5	5	5	5	
	Raeren	11	10	13	14	
	Norden	56	49	66	72	
	Franz. Gemeinschaft.	4	3	6	6	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	31	26	32	32
		Mehrfachbehinderung	13	11	14	15
		Autismus	9	9	16	19
Geistige Behinderung		25	21	28	33	
Lernbehinderung		8	7	7	9	
Neurologische Beh.		-	-	-	-	
Verhaltensauffälligkeit		1	1	-	--	
Psychische Behinderung		-	-	-	-	
Polyhandicap		8	9	9	9	
Ohne Angabe		-	-	-	1	
Rhythmus	Sehr intensiv >1/Woche	5	3	1	4	
	Intensiv (> 1/Monat)	19	19	27	23	
	Mittel (> 2/ Jahr)	14	9	9	9	
	Selten (< 2/Jahr)	7	7	4	3	
	Auf Anfrage	50	46	65	72	
	Ohne Angabe	0	0	0	7	



3.5. Freizeitvermittlung

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		81	73	74	54	
Veränderung	Neue	14	5	11	7	
	Beendete	14	10	27	1	
Geschlecht	Männlich	54	47	50	43	
	Weiblich	27	26	24	11	
Alter	< 21 J.	29	27	24	20	
	21 – 30 J.	25	19	25	16	
	31 – 40 J.	8	8	9	8	
	41 – 50 J.	9	10	10	7	
	51 – 60 J.	5	4	3	3	
	> 60 J.	5	5	3	-	
Herkunft	Amel	4	4	5	4	
	Büllingen	6	5	3	2	
	Burg Reuland	5	5	6	3	
	Bütgenbach	10	8	6	4	
	St.Vith	9	8	5	3	
	Süden	34	30	25	16	
	Eupen	27	25	30	26	
	Kelmis	10	8	8	5	
	Lontzen	1	1	1	-	
	Raeren	6	6	8	6	
	Norden	44	40	47	37	
	Franz. Gemeensch.	3	3	2	1	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	14	11	12	10
		Mehrfachbehinderung	15	15	13	10
Autismus		3	2	3	4	
Geistige Behinderung		41	38	38	25	
Lernbehinderung		4	2	2	1	
Neurologische Beh.		2	2	3	2	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	-	-	
Psychische Behinderung		-	-	-	-	
Polyhandicap		2	3	3	2	
Ohne Angabe		-	-	-	-	
Rhythmus	Sehr intensiv >1/Woche	6	6	9	7	
	Intensiv (> 1/Monat)	42	36	33	22	
	Mittel (> 2/ Jahr)	10	9	7	5	
	Selten (< 2/Jahr)	8	8	7	2	
	Auf Anfrage	15	14	18	18	



3.6. SENS

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		31	40	37	45	
Veränderung	Neue	10	13	5	14	
	Beendete	8	7	6	6	
Geschlecht	Männlich	14	20	17	21	
	Weiblich	17	20	20	24	
Alter	< 21 J.	7	8	6	12	
	21 – 30 J.	15	15	14	13	
	31 – 40 J.	6	10	9	11	
	41 – 50 J.	3	7	8	8	
	51 – 60 J.	-	-	-	1	
	> 60 J.	-	-	-	-	
Herkunft	Amel	-	-	-	2	
	Büllingen	2	2	3	4	
	Burg Reuland	1	1	1	2	
	Bütgenbach	4	5	2	5	
	St.Vith	6	9	8	5	
	Süden	13	17	14	18	
	Eupen	8	10	11	14	
	Kelmis	6	8	5	8	
	Lontzen	1	1	1	-	
	Raeren	1	2	1	1	
	Norden	16	21	18	23	
	Franz. Gemeensch.	2	2	5	4	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	3	3	2	5
		Mehrfachbehinderung	5	5	6	6
Autismus		3	2	-	2	
Geistige Behinderung		16	20	25	28	
Lernbehinderung		4	1	3	3	
Neurologische Beh.		-	-	-	-	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	-	-	
Psychische Behinderung		-	-	-	-	
Polyhandicap		-	1	1	1	
Rhythmus	Sehr intensiv >1/Woche	7	5	2	5	
	Intensiv (> 1/Monat)	10	9	12	14	
	Mittel (> 2/ Jahr)	3	10	5	-	
	Selten (< 2/Jahr)	-	3	4	3	
	Auf Anfrage	11	13	14	23	



3.7. Selbständiges Wohnen

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		65	61	55	57	
Veränderung	Neue	18	15	12	14	
	Beendete	15	18	11	17	
Geschlecht	Männlich	38	34	34	35	
	Weiblich	27	27	21	22	
Alter	< 21 J.	6	5	3	3	
	21 – 30 J.	22	21	19	21	
	31 – 40 J.	19	18	17	14	
	41 – 50 J.	12	10	10	11	
	51 – 60 J.	5	6	5	6	
	> 60 J.	1	1	1	2	
Herkunft	Amel	-	1	-	1	
	Büllingen	1	1	2	1	
	Burg Reuland	1	1	-	-	
	Bütgenbach	5	4	-	1	
	St.Vith	20	15	18	19	
	Süden	27	22	20	22	
	Eupen	18	22	20	19	
	Kelmis	7	6	4	7	
	Lontzen	2	2	2	-	
	Raeren	7	5	6	7	
	Norden	34	35	32	33	
	Franz. Gemeensch.	4	4	3	2	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	5	5	5	3
		Mehrfachbehinderung	10	9	6	7
Autismus		1	2	2	3	
Geistige Behinderung		33	29	29	29	
Lernbehinderung		13	13	10	10	
Neurologische Beh.		2	2	3	4	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	-	-	
Psychische Behinderung		1	1	-	1	
Polyhandicap		-	-	-	-	
Rhythmus	Sehr intensiv >1/Woche	19	16	12	18	
	Intensiv (> 1/Monat)	19	19	19	20	
	Mittel (> 2/ Jahr)	4	3	1	1	
	Selten (< 2/Jahr)	7	7	4	4	
	Auf Anfrage	16	16	19	14	



3.8. Begleitungen Wohnressourcen (WR)

		2009	2010	2011	2012
Anzahl Personen		62	65	61	62
	Davon nur KA	11	21	19	19
	Davon Externe WR	19	15	12	10
	Neue	17	12	7	11
	Beendete	10	11	9	6
Geschlecht	Männlich	36	38	38	37
	Weiblich	26	27	23	25
Alter	< 21 J.	10	13	10	8
	21 – 30 J.	24	17	11	13
	31 – 40 J.	5	13	15	15
	41 – 50 J.	15	14	16	16
	51 – 60 J.	7	7	7	8
	> 60 J.	1	1	2	2
Herkunft	Amel	5	7	6	7
	Büllingen	3	4	4	4
	Burg Reuland	3	4	5	4
	Bütgenbach	8	8	6	6
	St.Vith	10	9	8	7
	Süden	29	32	29	28
	Eupen	9	12	12	13
	Kelmis	13	12	9	10
	Lontzen	2	2	1	1
	Raeren	5	5	4	4
	Norden	29	31	26	28
	Franz. Gemeensch.	4	2	6	6
Behinderungsart	Körperliche Behinderung	-	-	-	-
	Mehrfachbehinderung	17	16	18	19
	Autismus	-	-	-	2
	Geistige Behinderung	33	38	37	36
	Lernbehinderung	3	2	-	-
	Neurologische Beh.	-	-	1	1
	Verhaltensauffälligkeit	-	-	-	-
	Psychische Behinderung	1	1	-	-
	Polyhandicap	8	8	5	4
Rhythmus	Sehr intensiv >1/Woche	3	1	3	1
	Intensiv (> 1/Monat)	25	28	27	24
	Mittel (> 2/ Jahr)	10	11	11	16
	Selten (< 2/Jahr)	2	2	1	1
	Auf Anfrage	22	23	19	20



3.9. Verfügbare Plätze und tatsächliche Belegung WR

	2009	2010	2011	2012
Verfügbare Plätze	113	101	103	94
Davon externe WR	32	31	28	17
Permanent belegte Plätze in WR (ohne KA)	32	29	30	33
Durch KA belegte Plätze in WR	66	51	53	53
In Externen WR belegte Plätze	23	19	19	15
Gesamtzahl der belegten Plätze in WR	98	99	107	98
Gesamtzahl der Personen in WR	62	65	61	62

Verfügbare Plätze: Gesamtzahl der anerkannten Plätze in Wohnressourcen

Belegte Plätze: Gesamtzahl der Plätze, die während einem Jahr durch eine PmB (zw. einem Tag und permanent) genutzt wurden. Ein Platz kann kurzzeitig im Rahmen von Kurzaufenthalten (KA) mehrmals durch unterschiedliche PmB belegt werden.

Theoretisch noch belegbare Plätze in WR: $94 - 62 = 32$ Plätze



3.10. Kurzaufenthalt (KA) im Begleitzentrum Griesdeck

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		17	18	19	21	
Veränderung	Davon nur Hausbetreuung	-	-	2	-	
	Neue	2	5	7	4	
	Beendete	4	3	3	3	
Geschlecht	Männlich	6	7	8	10	
	Weiblich	11	11	11	11	
Alter	< 21 J.	9	11	13	13	
	21 – 30 J.	1	1	2	4	
	31 – 40 J.	5	4	2	2	
	41 – 50 J.	1	1	1	1	
	51 – 60 J.	1	1	1	1	
	> 60 J.	-	-	-	-	
Herkunft	Amel	3	3	4	5	
	Büllingen	-	-	-	-	
	Burg Reuland	-	-	-	-	
	Bütgenbach	3	3	1	2	
	St.Vith	1	1	-	-	
	Süden	7	7	5	7	
	Eupen	4	5	6	6	
	Kelmis	2	2	2	3	
	Lontzen	1	1	2	1	
	Raeren	2	2	3	3	
	Norden	9	10	13	13	
	Franz. Gemeensch.	1	1	1	1	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	1	-	-	-
		Mehrfachbehinderung	5	5	4	5
Autismus		2	2	4	4	
Geistige Behinderung		3	3	3	3	
Lernbehinderung		-	-	-	-	
Neurologische Beh.		-	-	-	-	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	-	-	
Psychische Behinderung		-	-	-	-	
Polyhandicap		6	8	8	9	

Der Kurzaufenthalt (KA) hat die Möglichkeit zeitgleich bis zu maximal 3 Personen aufzunehmen. Aufenthalte von mehr als 7 Tagen an einem Stück werden aufgrund der Personalbesetzung des Dienstes in anderen Wohnstrukturen gewährleistet. Im Kurzaufenthalt ist nicht die Rede von noch belegbaren Plätzen, da die Personalstruktur gleichbleibend ist und lediglich die Frequenz der Anfragen reguliert werden kann.



3.11. Wohnheim – Königin Fabiola Haus

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		22	23	23	25	
	In Kurzaufenthalt	2	1	1	3	
	In Außenwohngruppe	3	3	3	3	
	Neue	-	1	2	3	
	Beendete	-	2	1	2	
Geschlecht	Männlich	9	10	10	12	
	Weiblich	13	13	13	13	
Alter	< 21 J.	2	2	2	2	
	21 – 30 J.	4	5	5	6	
	31 – 40 J.	3	2	2	2	
	41 – 50 J.	6	7	8	7	
	51 – 60 J.	6	4	3	5	
	> 60 J.	1	3	3	3	
Herkunft	Amel	-	-	-	-	
	Büllingen	-	-	-	-	
	Burg Reuland	-	-	-	-	
	Bütgenbach	2	2	2	1	
	St.Vith	-	-	1	-	
	Süden	2	2	3	1	
	Eupen	13	12	12	15	
	Kelmis	3	3	3	4	
	Lontzen	1	1	1	1	
	Raeren	2	3	2	3	
	Norden	19	19	18	23	
	Franz. Gemeinsch.	1	2	2	1	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	-	-	-	0
		Mehrfachbehinderung	4	4	5	6
Autismus		5	5	5	6	
Geistige Behinderung		10	10	10	10	
Lernbehinderung		-	-	-	-	
Neurologische Beh.		-	-	-	-	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	-	-	
Psychische Behinderung		-	-	-	-	
Polyhandicap		3	4	3	3	



3.12. Wohnheim - Lommersweiler

		2009	2010	2011	2012	
Anzahl Personen		18	20	21	20	
	In Kurzaufenthalt	6	9	8	6	
	In Außenwohngruppe	3	3	3	3	
	Neue	-	3	2	1	
	Beendete	1	2	1	1	
Geschlecht	Männlich	8	10	10	8	
	Weiblich	10	10	11	12	
Alter	< 21 J.	-	1	1	1	
	21 – 30 J.	-	-	-	-	
	31 – 40 J.	6	6	7	5	
	41 – 50 J.	2	3	3	4	
	51 – 60 J.	8	7	6	6	
	> 60 J.	2	3	4	4	
Herkunft	Amel	2	3	3	4	
	Büllingen	2	2	1	1	
	Burg Reuland	2	2	2	2	
	Bütgenbach	1	1	2	2	
	St.Vith	11	11	12	10	
	Süden	18	19	20	19	
	Eupen	-	-	-	-	
	Kelmis	-	-	-	-	
	Lontzen	-	-	-	-	
	Raeren	-	-	-	-	
	Norden	-	-	-	-	
	Franz. Gemeensch.	-	1	1	1	
	Behinderungsart	Körperliche Behinderung	-	-	-	-
		Mehrfachbehinderung	10	11	11	10
Autismus		2	3	3	3	
Geistige Behinderung		6	6	6	6	
Lernbehinderung		-	-	-	-	
Neurologische Beh.		-	-	-	-	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	-	-	
Psychische Behinderung		-	-	-	-	
Polyhandicap	-	-	1	1		

3.13. Außerregionale Unterbringung

	Anzahl Personen			
	2009	2010	2011	2012
Wallonie	12	11	8	10
Flandern	1	1	1	1
Deutschland	2	3	4	3



3.14. Ferienschecks

	2009	2010	2011	2012
Anträge	99	112	86	117
Absagen	-	2	-	-
Annahmen	99	110	86	117
Eingelöst	93	104	76	102
Alter				
14-21 J.	7	6	3	2
22-35 J.	30	32	24	31
36-45 J.	21	32	27	29
46-64 J.	36	40	32	54
> 65 J.	5	-		1
Betreuungsbedarf				
P - Punktuell	15	12	6	8
L - Leicht	20	18	12	23
M - Mittel	45	49	41	44
S - Hoch	12	14	12	18
S+ - sehr Hoch	7	17	15	24
Übernachtungen	630	454	320	383
Tagesaktivitäten	10	124	155	148
Mit Veranstaltern gefahren	89	105	77	68
Ausgezahlt in € (ohne Pauschalen)	12.237,5	9.740	7.900	10.712,5



3.15. Materielle Hilfen und Ausleihe

		2010	2011	2012	
Anzahl Personen		439	534	548	
Veränderung	Neue	107	214	206	
	Beendete	106	166	156	
Geschlecht	Männlich	197	249	260	
	Weiblich	242	285	288	
Alter	< 21 J.	32	40	42	
	21 – 30 J.	19	25	26	
	31 – 40 J.	29	30	29	
	41 – 50 J.	39	49	59	
	51 – 60 J.	50	67	79	
	61 – 64 J.	17	24	36	
	Total < 65 J.	186	235	271	
	> 65 J.	249	293	274	
	Ohne Angaben	4	6	3	
Herkunft	Amel	45	58	48	
	Büllingen	38	46	43	
	Burg Reuland	24	25	29	
	Bütgenbach	45	48	51	
	St.Vith	70	82	81	
	Süden	222	259	252	
	Eupen	120	141	155	
	Kelmis	45	61	68	
	Lontzen	17	25	27	
	Raeren	35	48	43	
	Norden	217	275	293	
	Franz. Gemeinschaft	-	-	3	
	Behinderungsart	Geistige Behinderung	5	3	3
		Autismus	2	1	1
		Körperliche Behinderung	249	487	500
Davon Hörbehinderung		21	30	38	
Davon Rollstuhlfahrer		54	64	102	
Davon Sehbehinderung		64	76	79	
Lernbehinderung		-	1	1	
Mehrfachbehinderung		18	19	21	
Neurologische Beh.		18	14	10	
Verhaltensauffälligkeit		-	-	0	
Polyhandicap		8	7	8	
Ohne Angaben		-	2	4	
Rhythmus		Sehr intensiv >1/Woche	10	15	15
	Intensiv (> 1/Monat)	31	39	44	
	Mittel (> 2/ Jahr)	188	262	307	
	Selten (< 2/Jahr)	153	163	133	
	Auf Anfrage	57	55	45	
	Ohne Angaben			4	



3.16. Materielle Hilfen für Personen über 65 Jahren

	2009	2010	2011	2012
Wohnungsanpassung	2	7	7	1
Anpassung im Haus (Rampe, Haltegriff,...)	-	-	-	
Wagenanpassung	1	-	-	
Rollstuhl, Dreirad	1	-	-	
Treppenlift, Lift	-	-	-	
Personenheber, Badelift	-	-	-	
Sitz-, Steh-, Aufrichthilfe	-	-	-	
Arbeitsplatzanpassung	-	-	-	
Hilfen für hörgeschädigte Menschen	-	-	-	
Hilfen für sehgeschädigte Menschen	-	-	-	
Pflegebett	-	-	-	
Pädagogische Hilfe (Computer u.ä)	-	-	-	
Tragbares Telefon	-	-	-	
Kleine Hilfe	-	-	-	
Antidekubitus	-	-	-	
Sonstiges	-	-	-	
Total	4	7	7	1

Seit 2009 besteht lediglich die Möglichkeit der Bezuschussung einer Wohnungsanpassung im Badezimmer.

3.17. Materielle Hilfen für Personen unter 65 Jahren

	2009	2010	2011	2012
Wohnungsanpassung	13	6	10	15
Anpassung im Haus (Rampe, Haltegriff,...)	14	9	11	15
Wagenanpassung	10	11	14	15
Rollstuhl, Dreirad	20	10	10	18
Treppenlift, Lift	3	-	-	4
Personenheber, Badelift	7	1	2	4
Sitz-, Steh-, Aufrichthilfe	8	9	4	11
Arbeitsplatzanpassungen	1	4	2	1
Hilfen für hörgeschädigte Menschen	6	3	10	6
Hilfen für sehgeschädigte Menschen	8	9	5	5
Pflegebett	3	4	3	5
Pädagogische Hilfe (Computer u.ä)	2	3	4	2
Tragbares Telefon	-	-	-	-
Kleine Hilfe	4	1	2	10
Antidekubitus	1	3	4	3
Sonstiges*	11	17	15	20
Total	111	90	96	134

* Bei den Anfragen „Sonstiges“ handelt es sich überwiegend um Unterhalts- und Reparaturkosten für von der DPB bezuschusstes Material



3.18. Soziale Hilfen unter 65 Jahren

	2009	2010	2011	2012
Hilfen und Begleitung zur Bewältigung des Alltags (Gebärdensprachkurse , Mobilitätstraining, usw.)	18	39	9	5
Dolmetschereinsätze	-	-	26	46
Begleitete Personen UCL			2	2
Begleitete Personen durch l'Epée	6	7	10	8
Begleitung SUSAS	-	5	7	4
Sonstiges (Perücken, Tagungen, etc.)	11	7	7	4
Total	35	58	61	69

3.19. Ausgeliehenes Ausleihmaterial 2012

	u 65 J. Ausleih	ü 65 J. Ausleih	Gesamt im Ausleih 2012
Hilfen für hörgesch. Person	0	13	13
Hilfen für sehgesch. Person	13	61	74
Liftsystem+ Scalamobil + Hebplattform	5	22	27
Manueller Rollstuhl/Dreirad	24	8	32
Badelifter	12	75	87
Sonstiges (Spiele, Gurte, Griffe, ...)	37	39	76
Total	91	218	309

Aus dem gesamten Pool an Ausleihhilfsmitteln (insgesamt rund 330 große und kleine Hilfsmittel), dass sich am 31/12/2012 im Ausleih befindet, sieht die Verteilung zwischen den Gemeinden wie folgt aus:

	Unter 65	Über 65
EUPEN	23	36
LONTZEN	1	3
KELMIS	5	15
RAEREN	3	12
BÜTGENBACH	5	19
BÜLLINGEN	2	13
AMEL	4	14
ST. VITH	12	27
BURG-REULAND	3	8
Gesamt	58	147
Total im Ausleih	205	



4. Allgemeine Dienste

4.1. Rufbusse

	2009	2010	2011	2012
Tagesstätte Eupen				
Anzahl Personen	4.307	3.038	3.852	4.172
monatl. Durchschnitt	359	253	321	348
Anzahl Kilometer	45.992	36.209	40.656	39.093
monatl. Durchschnitt	3.833	3.017	3.388	3.258
Die Zukunft Meyerode				
Anzahl Personen	4.844	4.904	5.633	6.088
monatl. Durchschnitt	404	409	469	507
Anzahl Kilometer	84.413	73.794	75.596	77.168
monatl. Durchschnitt	7.034	6.150	6.300	6.431
Anzahl Transporte	9.151	7.942	9.485	10.260
monatl. Durchschnitt	763	662	790	855
Kilometer gesamt	130.405	110.003	116.252	116.261
monatl. Durchschnitt	10.867	9.167	9.688	9.688



Vennbahnstraße 4/4
B-4780 St.Vith

Telefon: +32-(0)80-229 111
Fax: +32-(0)80-229 098

info@dpb.be
www.dpb.be